



Tätigkeitsbericht der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen **2005 - 2007**



ordnungspartnerschaftlich®

Keiner wie wir.

Impressum

Herausgeber

Der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal
Ressort Soziales
Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften
(201.10)
42269 Wuppertal

Konzeption & Gestaltung

Jutta Ullenbaum-Grüterich

Design (Umschlag & Impressum)

Sylvia Habiger

Ansprechpartnerin

Sibylle Ackermann
Telefon: (02 02) 563 42 84
E-Mail: sibylle.ackermann@stadt.wuppertal.de

Quelle der Fotos (ohne Titelseite)

Sibylle Ackermann

Wuppertal, Oktober 2007

©  Wuppertal 2007

Dieses Werk (Inhalt und Gestaltung) ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung oder weitere Nutzung, die nicht ausnahmsweise durch das Urheberrechtsgesetz zugelassen wird, ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Herausgebers verboten und im Übrigen strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, z.B. dem Internet.

Im Falle der Zuwiderhandlung muss mit einer strafrechtlichen Verfolgung durch die Stadt Wuppertal gerechnet werden.

Inhaltsverzeichnis

1	<u>Zusammensetzung der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen.....</u>	2
2	<u>Gründung und Maßnahmen der Steuerungsgruppe.....</u>	4
2.1	WARUM WURDE DIE STEUERUNGSGRUPPE GEGRÜNDET?	4
2.2	AUFGABEN DER STEUERUNGSGRUPPE	5
2.3	WO STÖßT MAN AUF GRENZEN?	6
3	<u>Örtlich begrenzte Projekte und Einzelmaßnahmen</u>	8
3.1	BERLINER PLATZ	8
3.1.1	<i>Cafe Berlin</i>	9
3.1.2	<i>Mobile Arbeit auf dem Berliner Platz</i>	11
3.2	DÖPPERSBERG	13
3.2.1	<i>Gleis 1 mit Drogenkonsumraum</i>	14
3.2.2	<i>Café DÖPPS - Cafétbetrieb und Anlaufstelle mit Beschäftigungsorientierung am Döppersberg</i>	16
3.2.3	<i>Neugestaltung Döppersberg</i>	24
3.2.3.1	Döppersberg	24
3.2.3.2	Einschätzung der Steuerungsgruppe.....	25
3.3	RONSDORF	26
3.4	VOHWINKEL	27
3.5	EINZELMAßNAHMEN	28
4	<u>Übergreifende Arbeitsfelder</u>	29
4.1	KOOPERATION MIT PROJEKTMANAGERINNEN FÜR STADTEILARBEIT.....	29
4.2	KOOPERATIONSVEREINBARUNG ZWISCHEN DER KREISPOLIZEIBEHÖRDE UND DEM ORDNUNGSAMT DER STADT WUPPERTAL	30
4.3	STADTTEILSERVICE	32
4.4	VERHALTEN JUGENDLICHER IM ÖFFENTLICHEN RAUM	39
4.5	MAßNAHMEN UND HILFEN DURCH EINRICHTUNGEN	40
4.5.1	<i>Clean Streets</i>	41
4.5.2	<i>Straßensozialarbeit der Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose</i>	42
4.5.3	<i>Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.</i>	51
5	<u>Ausblick und Perspektiven.....</u>	55

1 Zusammensetzung der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen

In alphabetischer Reihenfolge sind derzeit folgende Institutionen und Einrichtungen Mitglied der Steuerungsgruppe:

AWG (Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal)	Herr Wolfgang Herkenberg (Mitgl.)
Bahnhofsmanagement Deutsche Bahn AG	Herr Michael Breuer (Mitgl.)
Bergischer Einzelhandels- und Dienstleisterverband e.V.	Herr RA Ralf Engel (Mitgl.) Herr Georg-E. Dalchow (Stellv.)
Bundespolizei	Herr PHM Stefan Leven (Mitgl.)
Diakonie Wuppertal	Herr Jörg Slopianka (Mitgl.) Herr Ulrich Liebner (Stellv.)
ESW (Eigenbetrieb Straßenreinigung)	Herr Hans-Günter Dieckmann (Mitgl.)
Freundes- und Förderverein Suchtkrankenhilfe e.V.	Herr Peter Kamps (Mitgl.)
GESA - gemeinnützige Gesellschaft für Entsorgung, Sanierung und Ausbildung mbH	Frau Silke Schlenz (Mitgl.)
Polizeiinspektion Wuppertal	
Wuppertal-Ost	Herr PD Wolfgang Lonken (Mitgl.) Herr EPHK Michael Klein (Stellv.)
Wuppertal-West	Herr EPHK Michael Schmidt (Mitgl.) Herr PHK Jürgen Golgowski (Stellv.)
Stadt Wuppertal	
201.PB - Ressort Soziales, Psychosoziale Planung und Behindertenplanung	Frau Charlotte Dahlheim (Mitgl.) Frau Claudia Hembach (Stellv.)
201.10 - Ressort Soziales, Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften	Frau Sibylle Ackermann (Vorsitz, Geschäftsführung und Bearbeitung von Einzelfällen)

302.1 - Ressort Ordnungsaufgaben/ Allgemeine Gefahrenabwehr	Herr Carsten Vorsich (Mitgl.)
WSW mobil GmbH	Herr Karl-Rüdiger Hölschen (Mitgl.) Frau Sabine Schnake (Stellv.)

Folgende Institutionen erhalten die Unterlagen bzw. Einladungen zu jeder Sitzung und nehmen bei Bedarf teil:

Stadt Wuppertal	
Ressort 101 - Stadtentwicklung und Stadtplanung	Herr Ingo Sauer
Ressort 103 - Grünflächen und Forsten	Herr Peter Ehm
Ressort 104 - Straßen und Verkehr	Herr Uwe Seidel
Ressort 201 - Soziales	Herr Uwe Temme
Ressort 208 - Kinder, Jugend und Familie	Herr Dieter Verst

2 Gründung und Maßnahmen der Steuerungsgruppe

2.1 Warum wurde die Steuerungsgruppe gegründet?

Die STEUERUNGSGRUPPE ZUR VERBESSERUNG DER SITUATION AUF ÖFFENTLICHEN STRAßEN UND PLÄTZEN¹ existiert seit dem Jahr 1997. Ihre Einrichtung liegt einer Besprechung zwischen dem damaligen Oberbürgermeister, Herrn Dr. Kremendahl und dem damaligen Polizeipräsidenten, Herrn Koehler zu Grunde. Die beteiligten Institutionen und Personen waren sich einig, dass auf Wuppertals Straßen vielfältige Problemlagen vorhanden sind, die nur in Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen zufrieden stellend zu bearbeiten sein würden.

Zu den Gründungsmitgliedern zählen Stadtverwaltung (Ressorts sowohl aus dem Sozialen als auch aus dem Ordnungsbereich), Diakonie Wuppertal, ESW (Eigenbetrieb Straßenreinigung), Polizei und WSW AG (heute WSW mobil GmbH). Im Laufe der folgenden Jahre erweiterte sich der Kreis der Teilnehmenden um weitere Institutionen (vg. Pkt. 1, S. 2).

Die Leitung wurde dem Ressort Jugendamt und Soziale Dienste übertragen. Aktuell ist Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften dem Bereich „Persönliche und wirtschaftliche Hilfen“ (201.10) im Ressort Soziales angegliedert.

Waren die Handlungsgebiete zunächst primär die Elberfelder Innenstadt und der Bereich Döppersberg, stellte sich bald heraus, dass weiterer Bedarf bestand und so wurden die Einsätze im Jahr 1998 auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet.

Ebenfalls 1998 wurde die „Lenkungsgruppe Soziale Ordnungspartnerschaften“ ins Leben gerufen. Als übergeordnete Koordinationsinstanz für den Gesamtzusammenhang der Arbeit zum Thema Soziale Ordnungspartnerschaften ist es ihre Funktion, auf Leitungsebene Arbeitsbereiche zu initiieren, Aufgaben zuzuweisen, die Aktivitäten der einzelnen Bereiche zu koordinieren sowie Ergebnisse auszuwerten.

Die Lenkungsgruppe wird gemeinsam vom Polizeipräsidenten und vom Oberbürgermeister geleitet. Im Regelfall tagt sie einmal jährlich, lässt sich über den Stand der Arbeitsbereiche unterrichten und trifft dazu notwendige Entscheidungen.

Zum Thema Lenkungsgruppe „Soziale Ordnungspartnerschaften“ erhalten Sie weitere Informationen unter www.wuppertal.de, über den Link „Rathaus und Behörden“, dann „Anliegen A-Z“ unter dem Suchbegriff „Soziale Ordnungspartnerschaften“ oder bei der Herausgeberin dieses Berichtes.

¹ im weiteren Text „Steuerungsgruppe“ genannt

2.2 Aufgaben der Steuerungsgruppe

Die Steuerungsgruppe versucht geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die vorhandenen Problemlagen im öffentlichen Raum im Einklang mit allen Beteiligten zu lösen.

An öffentlichen Plätzen halten sich oftmals Gruppen von jugendlichen und erwachsenen Menschen auf, die über viel Tagesfreizeit verfügen.

Die Treffpunkte können insbesondere deshalb zu Konfliktpunkten werden, weil dort die Interessen der Menschen an Kommunikation und Wetterschutz mit den Geschäftsinteressen der AnliegerInnen oder Interessen der AnwohnerInnen kollidieren.

Solche Treffpunkte werden auch nicht immer allein zur Kommunikation, sondern auch zu Konsum legaler (z.B. Alkohol) sowie (Konsum und Verkauf) illegaler Drogen genutzt. Diese Orte sind zum Teil gekennzeichnet von erhöhter Verschmutzung, Graffiti oder Vandalismus.

Der bloße Aufenthalt solcher Personengruppen löst bei einigen MitbürgerInnen schon Unwohlsein und subjektive Vorbehalte aus - unstrittig können jedoch auch objektiv Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Plätze für die Allgemeinheit folgen. Dies führt zu Spannungen im öffentlichen Raum. Aus unterschiedlichen Wahrnehmungen und Toleranzgrenzen ergeben sich immer wieder Beschwerden mit der Forderung, solche Zusammenkünfte aufzulösen.

Im Gegensatz zu anderen Städten sieht man in Wuppertal bereits seit Beginn der „Sozialen Ordnungspartnerschaften“ von „Dislozierung“, einer Verteilung oder Verdrängung der „problemverursachenden Personengruppen“ auf andere Stadteile ab. In Wuppertal vertritt man die Meinung, dass aufgrund von gesellschaftlichem Druck nicht die vorherrschenden Gesetze außer Kraft gesetzt werden dürfen. Mit einer Verlagerung der Personengruppen wären auch die Probleme nicht aus der Welt, sondern lediglich kurzfristig aus dem Blick.

Ziel ist vielmehr, alle BürgerInnen für die Lebenslage der jeweils „anderen“ zu sensibilisieren und ihnen die gegenseitige Verantwortung klar zu machen, oder auch in Einzelfällen alternative Möglichkeiten zu schaffen, an denen sich die „negativ wahrgenommenen“ Personengruppen aufhalten können und möchten. Schließlich gelten die gleichen Rechte für jede/n BürgerIn.

Aus diesem Grundsatz heraus ergibt sich für die Steuerungsgruppe die Aufgabe, vorhandene Problemlagen im öffentlichen Raum in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit, vor allem mit „Betroffenen“ (wie MieterInnen, EigentümerInnen, Geschäftstreibenden) und tatsächlichen oder vermeintlichen „VerursacherInnen“ zu minimieren bzw. zu lösen.

Die Unterstützung und Kompromissbereitschaft aller direkt Beteiligten sowie aller inhaltlich beteiligten Institutionen ist für die Erarbeitung von Lösungswegen/-strategien unerlässlich.

Diese zu fördern, zu koordinieren und zu vernetzen ist eine der Aufgaben der Steuerungsgruppe. Weitere Schwerpunkte sind das Abstimmen von Handlungsfeldern, Selektieren von Problemlagen und Durchführen von Einzelmaßnahmen.

Zu nennen ist an dieser Stelle auch die wichtige Aufgabe, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Gesamtzusammenhänge des gemeinschaftlichen Lebens in das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein aller BürgerInnen zu bringen.

Aufgrund der auch im politischen Raum positiv bewerteten Arbeit vergrößerte sich - wie oben beschrieben - sowohl Einsatzgebiet und Tätigkeitsbereich als auch der TeilnehmerInnenkreis innerhalb der Steuerungsgruppe.

2.3 Wo stößt man auf Grenzen?

Die Situationen im öffentlichen Raum, die von Teilen der Bevölkerung als störend empfunden werden, nehmen zu. Dies hängt zum Teil sicherlich mit der Wirtschaftslage und dem gesamtgesellschaftlichen Wandel zusammen. Zum anderen steigt auch die Anzahl der Personen mit viel Tagesfreizeit im Wuppertaler Stadtgebiet und entsprechend auch die Zahl derer, die sich tagsüber an öffentlichen Plätzen aufhalten.

Auch gibt es zunehmend Probleme mit jugendlichen Cliquen an unterschiedlichen, von ihnen selbst gewählten, Treffpunkten im Stadtgebiet. Diese Cliquen werden von der Bevölkerung häufig als Bedrohung und Ärgernis erlebt – umgekehrt erleben die Jugendlichen diesen Zustand als Vertreibung und Ausgrenzung.

Die meisten Menschen sind sich darüber einig und im Klaren, dass jeder das Recht hat, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und seine Freizeit dort zu verbringen. Wird bei solchen Zusammenkünften jedoch „unübliches/abweichendes“ Verhalten festgestellt wie erhöhte Lautstärke, Alkoholkonsum etc., beginnen sich die Gemüter zu scheiden. Nicht alle Personen/Institutionen wollen oder können akzeptieren, dass es nach geltendem Recht nicht möglich ist, die „TagesfreizeitlerInnen“ zu vertreiben.

Selbstverständlich können objektiv feststellbare und beweisbare Ordnungswidrigkeiten (öffentliches Urinieren, Störungen durch grob anstößiges Verhalten etc.), die im Übrigen grundsätzlich von jeder Personengruppe begangen werden können, verfolgt werden. Ein subjektiv empfundener „unschöner“ Anblick allein ist jedoch kein Anlass für rechtliche Schritte.

Auch die Steuerungsgruppe beschäftigt sich in ihren i. d. R. zweimonatlich stattfindenden Sitzungen entsprechend häufig mit Beschwerden und Forderungen, diese Zusammenkünfte aufzulösen. In solchen Fällen sind die Einzelinteressen der AnliegerInnen und BürgerInnen mit den personellen, inhaltlichen, finanziellen und rechtlichen Grenzen zuweilen nicht in Einklang zu bringen.

Es ist daher auch notwendig, Aufklärung in der Öffentlichkeit zu betreiben, welche Verhaltensweisen durch geltendes Recht nicht verboten und somit hinzunehmen sind und welche Ordnungswidrigkeiten darstellen. Die so genannten „Randgruppen“ haben identische Rechte wie Menschen, die in stabilen sozialen Bezügen leben.

Inhaltliche Grenze ist u. a. die in Wuppertal auch von der Verwaltungsleitung vertretene Meinung, dass eine ‚Dislozierung‘ der betroffenen Personengruppen keine Problemlösungsstrategie sein kann. Zwar wäre dem individuellen Wohl genüge getan, aber die Menschen würde an anderer Stelle wieder auftauchen/auftreten.

Weder Alkoholkonsum noch der Aufenthalt an öffentlichen Plätzen spielen im strafrechtlichen oder ordnungsrechtlichen Sinne eine Rolle. Natürlich besteht ein Konsens, dass wenn gegen geltendes Recht verstoßen oder eine Ordnungswidrigkeit begangen wird, von den zuständigen Instanzen interveniert werden muss. Allerdings dürfen die rechtlichen Grundlagen hierbei nicht aus den Augen verloren werden.

Aus finanziellen Grenzen ergeben sich mittelbar auch die personellen Grenzen. Da die Haushaltslage zur Zeit sehr angespannt ist und auch keine Entlastung in Sicht ist, ist eine Ausweitung der personellen Präsenz der unterschiedlichen Dienste kaum möglich.

Als Beispiel seien hier die zugehenden Hilfen im gesamten Stadtgebiet genannt.

Streetwork im Bereich illegaler Drogen: Hier gibt es für das gesamte Stadtgebiet nur eine halbe Stelle in Trägerschaft des Freundes- und Förderkreises Suchtkrankenhilfe e. V.. In Fachkreisen besteht Einigkeit, dass ein deutlich höherer Bedarf besteht (vgl. 3.2.1, S. 14).

Zugehende Hilfen für Wohnungslose: Hier ist der Arbeitsbereich Streetwork ein Teilbereich der Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose in Trägerschaft der Diakonie Wuppertal. Zur Zeit sind drei Frauen und zwei Männer in Teilzeit für das ganze Stadtgebiet zuständig (vgl. 4.5.2, S. 42).

Zugehende Hilfen für Jugendliche: Streetwork für Kinder und Jugendliche im klassischem Sinne findet in Wuppertal nicht statt. Die notwendigsten Maßnahmen werden durch MitarbeiterInnen der offenen Türen im Fachbereich Jugend und Freizeit und der Bezirkssozialdienste (BSD), beide im Ressort Kinder, Jugend und Familie durch hohes persönliches Engagement sowie vereinzelt durch Honorarkräfte erbracht (vgl. 4.4, S. 39).

Für teilweise Abhilfe sorgt hier das Kinder- & Jugendmobil des Fachbereiches Jugend und Freizeit (208), welches täglich stundenweise Kinder- & Jugendarbeit in unterversorgten Stadtteilen durchführt.

Weitere zugehende Hilfen in diesem Bereich werden von der Initiative für Demokratie und Toleranz (vgl. 4.5.3, S. 51), angegliedert im Ressort Zuwanderung und Integration sowie von den ProjektmanagerInnen für Stadteitarbeit in den BSDen angeboten.

Der Bedarf ist deutlich darüber hinausgehend - leider existieren keine flächendeckenden Maßnahmen.

Aus Sicht der Steuerungsgruppe fehlt es an zugehenden Hilfen, die im Sinne von „Einzelmaßnahmen“ stadtweit in krisenhaften Situationen kurzfristig eingesetzt werden können.

Ordnungsdienst (OD): Die 20 MitarbeiterInnen des OD sind für das gesamte Stadtgebiet zuständig. Durch die Kooperationsvereinbarung zwischen der Kreispolizeibehörde und dem Ordnungsamt der Stadt Wuppertal (vgl. O, S. 29) wird den Bitten der BürgerInnen um eine erhöhte Präsenz des OD an bestimmten Orten/Plätzen verstärktem Maße nachgekommen. Es ist nun möglich, dass OD und Polizei gemeinsam „auf Streife gehen“. Trotzdem geht die Nachfrage über die aktuellen Möglichkeiten hinaus.

Auch durch ein letztes Beispiel lässt sich deutlich machen, dass es durch die momentane personelle Besetzung kaum möglich ist, in allen auftretenden Handlungsfeldern aktiv zu werden: Die Zuständigkeiten der einzigen Mitarbeiterin im Bereich Soziale Ordnungspartnerschaften liegen sowohl in der Geschäftsführung der Lenkungs- und Steuerungsgruppe als auch in der telefonischen wie persönlichen Beratung von BürgerInnen, der Bearbeitung von BürgerInneneingaben und der Umsetzung sowie der Begleitung von Projekten.

Fazit: An einigen Stellen im Stadtgebiet existiert erhöhter Handlungsbedarf, der von den MitarbeiterInnen der betroffenen Institutionen bearbeitet werden muss, auch wenn nötige finanzielle wie personelle Ausstattung nicht immer gewährleistet ist.

3 Örtlich begrenzte Projekte und Einzelmaßnahmen

3.1 Berliner Platz

Seit einigen Jahren bereits ist der Berliner Platz den unterschiedlichen Gremien und Institutionen als Problembezirk bekannt. Seit der Erneuerung des Platzes dient er auch Menschen mit viel Tagesfreizeit als Treff- und Aufenthaltspunkt. Die sich dort regelmäßig tagsüber aufhaltenden Menschen werden aufgrund ihres Erscheinungsbildes und Verhaltens von ihrer Umwelt zunehmend negativ wahrgenommen. Es kommt zu Beschwerden.

Die genannten Personengruppen sind oft aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig und einige von ihnen sind wohnungslos oder von Wohnraumverlust bedroht. Zu dieser Gruppe haben die StreetworkerInnen der Diakonie Wuppertal regelmäßig Kontakt.

Das seit einigen Jahren geforderte niedrigschwellige Angebot am Berliner Platz wurde 2004 in Form des Café Berlin (vgl. 0, S. 9) eröffnet. Dieses Stadtteilcafé richtet sich vorwiegend an Menschen in schwierigen Lebenslagen und hält neben Beratungsangeboten auch praktische Hilfen, wie z. B. Waschgelegenheiten vor.

Zu den sich regelmäßig auf dem Berliner Platz aufhaltenden Menschen gehören jedoch immer häufiger auch Eltern mit ihren kleinen Kindern, die bisher von keiner Einrichtung erreicht werden konnten. Die Kinder halten sich bzw. wachsen somit in einem äußerst ungünstigen Umfeld auf.

Um nun auch den sich dort aufhaltenden Kindern und jungen Familien eine Anlaufstelle zu bieten, wurde im Frühjahr des Jahres 2007 das Projekt „Mobile Arbeit am Berliner Platz“ (vgl. 3.1.2, S. 11) eingerichtet. Ein Team von zwei pädagogischen Fachkräften mit einem Bauwagen, ausgestattet mit Tischen, Stühlen, Spielmaterialien etc., baut zwischen März und November zweimal wöchentlich auf dem Berliner Platz ein „mobiles Café“ auf, um auf diesem Wege die Spiel- und Freizeitmöglichkeiten auf dem Platz auszubauen und einen Beziehungsaufbau zu erreichen.

Auf soziale Schwierigkeiten, in denen sich einige NutzerInnen des Platzes befinden, wird sofern möglich mit sozialer Arbeit eingegangen. Seit einigen Jahren wird der Teil des operativen Geschäftes der Steuerungsgruppe, der die Hilfen für Kinder und Jugendliche umfasst, für den Bereich Oberbarmen vom dortigen Projektmanager für Stadtteilarbeit wahrgenommen.

Das Thema Drogenmissbrauch wird (auch bezogen auf Kinder und Jugendliche) regelmäßig, auch im Beisein der Polizei, in unterschiedlichen Gremien thematisiert.

Offenbar hat sich am Berliner Platz keine feste Drogenszene (wie am Döppersberg) gebildet. Dafür sprechen auch die relativ geringen Spritzenfunde (je 38 Spritzen und Nadeln im gesamten Gebiet Wuppertal Ost im Jahr 2006) (vgl. 4.5.1, S. 42). Maximal 15 Personen der bekannten Drogenszene treten unregelmäßig am Berliner Platz auf und werden von der Streetworkerin von Gleis 1 einmal wöchentlich dort aufgesucht (vgl. 3.2.1., S. 14).

Außerdem bietet die Streetworkerin (Gleis 1) eine wöchentliche Sprechstunde im Café Berlin an, welche rege wahrgenommen wird. Es war zu beobachten, dass die Anzahl der DrogengebraucherInnen im Laufe des Jahres 2006 dort kontinuierlich abnahm. Viele der dortigen StammesbesucherInnen wechselten ihre Wohnsitze und frequentierten dann vermehrt die Elberfelder „Platte“.

Polizeilichen Erkenntnissen zu Folge werden im illegalen Bereich primär gelegentlich Cannabisprodukte (Haschisch und Marihuana) von Jugendlichen konsumiert.

Nach Auffassung der ExpertInnen liegt das größte Problem bei den legalen Drogen wie Alkohol. Hier gibt es nicht wie bei den illegalen Drogen die Möglichkeit des ordnungsrechtlichen bzw. strafrechtlichen Eingreifens.

Ordnungsrechtliche wie strafrechtliche Delikte finden hauptsächlich im Bereich von Verbalattacken statt oder durch Personen, die Ihre Notdurft in der Öffentlichkeit verrichten. Seltener sind körperliche Übergriffe zu beobachten, wie auch die MitarbeiterInnen des OD bestätigen, welche den Berliner Platz regelmäßig bestreifen. Feststellungen gibt es im Hinblick auf Pöbeleien und grölende Personengruppen. Wie an anderen Orten auch, fällt auf, dass bei Auftreten uniformierter Dienste diese Vorfälle in der Regel nicht zu verzeichnen sind.

Nach Eindrücken aller beteiligten Institutionen ist bei verstärktem ordnungsbehördlichen Einschreiten am Döppersberg eine Verschärfung der Situation am Berliner Platz zu verzeichnen. Lässt der Druck in Elberfeld nach, so entspannt sich die Lage auch wieder in Oberbarmen.

Weiterhin besteht auch das Patenprojekt der 10. Einsatzhundertschaft „Stärkung des Sicherheitsgefühls der BürgerInnen rund um den Berliner Platz“. Gemeinsam mit der Polizeiwache Barmen fährt und geht die Polizei vermehrt Streife, sowohl uniformiert, als auch in Zivilkleidung.

Die Mitglieder der Steuerungsgruppe werden auch in Zukunft das in ihren Möglichkeiten stehende tun, um gemeinsam mit den vor Ort Verantwortlichen auf Problemlagen einzuwirken.

3.1.1 *Cafe Berlin*²

Seit fast drei Jahren besteht nun die Kontakt- und Beratungsstelle *Café Berlin* im Wuppertaler Osten und hat sich im Stadtteil Oberbarmen/ Wichlinghausen als Anlaufstelle für Menschen mit Problemen unterschiedlichster Art etabliert.

Ausgangspunkt für die Konzeption dieser Einrichtung war die problematische Entwicklung am Berliner Platz im Osten der Stadt, wo sich täglich eine in hohem Maße Alkohol konsumierende größere Gruppe von Frauen und Männern aufhielt. Einerseits fühlten sich Anwohner und Passanten von diesem Personenkreis gestört, andererseits sah sich dieser wiederum Vorurteilen ausgesetzt und vom Randgruppensein bedroht.

Neben dieser ursprünglich angesprochenen Zielgruppe suchten aber auch zunehmend Personen aus dem Stadtteil die Einrichtung wegen des Beratungsangebots und der sozialen Kontakte auf. Insbesondere die wirtschaftliche Situation und politischen Reformen (Hartz IV) brachten neue Aufgaben und Herausforderungen mit sich.

Das Stadtteilcafé ist ein offener Treffpunkt und richtet sich insbesondere an Menschen in schwierigen Lebenslagen. In geschützter Umgebung können sie Probleme jeglicher Art ansprechen und Hilfestellung erhalten.

Seit März 2004 existiert die Kontakt- und Beratungsstelle in Oberbarmen in Trägergemeinschaft des Wichernhaus Wuppertal e.V. und der Gefährdetenhilfe Wuppertal e.V.. Finanziert

² Der Text zu Punkt 3.1.1 entstammt in weiten Teilen dem Erfahrungsbericht 2006 der Kontakt- und Beratungsstelle

wird das Projekt neben der Trägergemeinschaft von der Stadt Wuppertal, der ARGE Wuppertal sowie der Aktion Mensch. Koordinatorin der Einrichtung ist Frau Vesper.

Das Angebot umfasst

- allgemeine Sozialberatung, Krisenintervention
- Vermittlung von Fachberatung
- Unterstützung in behördlichen u. finanziellen Angelegenheiten sowie Begleitung
- Preisgünstige alkoholfreie Getränke u. kleine Speisen, Frühstück u. Mittagstisch
- Sanitärraum mit Dusche, Waschmaschine u. Trockner
- Freizeitaktivitäten, spezielle Angebote an Feiertagen

Zusätzliche Serviceleistungen der Kontakt- und Beratungsstelle *Café Berlin* sind u. a.:

- Kleiderfundus
- Lebensmittelausgabe durch die *Wuppertaler Tafel* (siehe oben)
- Ticketverleih für öffentliche Verkehrsmittel
- Telefon-/Faxnutzung, Kopierdienst, Internetrecherche
- Teilnahme an der Aktion *Schau nicht weg*

Öffnungszeiten:

Montag – Donnerstag 9.00 – 17.00 Uhr

Freitag 9.00 – 15.30 Uhr

Zusätzliche Öffnungszeiten bestanden an Feiertagen.

Im Aufenthaltsbereich können die Gäste ganztags verweilen. Durchgehend werden nichtalkoholische Getränke und kleine Speisen angeboten. Zudem gibt es den täglichen Mittagstisch. Die BesucherInnen nutzen den Aufenthaltsbereich u. a. zur Erledigung von Schriftsachen, Freizeitgestaltung, Entspannung und zum Austausch mit anderen Gästen. Zusätzlich finden wöchentlich stattfindende Freizeitangebote sowie die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen statt.

Das Angebot der Kontakt- und Beratungsstelle wurde auch 2006 nach wie vor von AnwohnerInnen aus dem Stadtteil sowie sich an den umliegenden Plätzen aufhaltenden Menschen gut angenommen. Ebenso Personen aus anderen Stadtteilen fanden den Weg in die Kontakt- und Beratungsstelle *Café Berlin*, teils auf Empfehlung, teils weil sie sich in der Nähe aufhielten.

Aus Gründen der Niedrigschwelligkeit und Wahrung der oft gewünschten (Teil-)Anonymität der BesucherInnen werden im Tagesaufenthaltsbereich (neben des Gebrauchs der Vornamen) bewusst auf statistische Erhebungen in Form von Gästelisten o. ä. verzichtet. Die Überschaubarkeit der Räumlichkeiten und Datenerhebung im Beratungsbereich lassen jedoch folgende Aussagen zu:

Das Angebot ist gut ausgelastet, sowohl im Hinblick auf die Sozialberatung als auch den Aufenthaltsbereich und die Freizeitaktivitäten betreffend. Zu verzeichnen war weiterhin ein Anstieg des Frauenanteils sowie der Personen über 60 Jahre. Ein Großteil der KlientInnen befindet sich im Alg-II-Bezug, aber auch verstärkt Rentner (Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrente) fanden sich 2006 in der Kontakt- und Beratungsstelle ein.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Es ist zu beobachten, dass Personen ausländischer Herkunft gezielt das Beratungsangebot nutzen, sich aber selten im Cafébereich aufhalten.

Aussicht:

Auch 2007 soll das *Café Berlin* für die Menschen im Stadtteil hilfreich und attraktiv bleiben, was auch die Anpassung an situative Veränderungen einschließt.

Es ist davon auszugehen, dass im Hinblick auf die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen bei der Zielgruppe keine rasche Entspannung ihrer Situation zu registrieren sein wird. Somit werden sich sicherlich neue Herausforderungen für die Sozialarbeit ergeben, auf die das Beratungsangebot entsprechend inhaltlich und methodisch optimiert werden muss.

Gleichzeitig ist es uns wichtig, den Arbeitsbereich Kultur und Freizeit zu akzentuieren, um finanziell Schwächeren die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Angebote, die sich bewährt haben, sollen auch möglichst weiterhin aufrecht erhalten werden. Auf kultureller Ebene soll das Angebot nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr fortgeführt werden. So ist momentan ein kleines Kunstprojekt „Gestaltung eines Wandbildes“ für und mit KlientInnen in Planung.

Schwarzbach 8, Oberbarmen, 42277 Wuppertal, Tel.: 87093670

3.1.2 Mobile Arbeit auf dem Berliner Platz³

Zielgruppe:

Kinder und Jugendliche, die ihre Freizeit auf dem Berliner Platz verbringen (müssen).

Bedarf / Begründung:

Der Berliner Platz ist in Oberbarmen zentraler Treffpunkt für Menschen in schwierigen Lebenslagen und sozial benachteiligte Personen mit unterschiedlichen psychosozialen und / oder Drogen- und Alkoholproblemen. Das heißt, dass sich dort von morgens bis abends soziale Randgruppen versammeln, um u.a. Alkohol und Drogen zu konsumieren.

In den letzten Monaten sind verstärkt Familien bzw. Elternteile hinzugekommen, die mit ihren zum Teil sehr kleinen Kindern die Freizeit auf dem Platz verbringen. Die Kinder bewegen sich

³ Der Text zu Punkt 3.1.2 wurde dem Kurzkonzept des Projektes sowie den Informationen von Herrn Schäckermann/CVJM Oberbarmen entnommen

dort also in einem schwierigen bis sie gefährdenden sozialen Umfeld. Die Zahl dieser Kinder liegt je nach Wetter zwischen 5 und 25 pro Tag. Die jüngsten Kinder sitzen noch im Kinderwagen, die ältesten sind bis zu 13 Jahre alt. Dazu kommen noch immer eine größere Anzahl von Jugendlichen, die auf dem Platz ebenfalls ihre Freizeit verbringen.

Für die letztgenannte Zielgruppe gibt es schon seit Jahren die so genannten „Sommeraktionen“ auf dem Berliner Platz, d.h. ein wöchentliches Angebot von Mai bis September zur Freizeitgestaltung, u.a. Socceranlage, Streetballanlage, Kletterfelsen oder Baseballkäfig. Hauptsächlich getragen werden diese Aktionen von den Wuppertaler Institutionen CVJM Oberbarmen, Jugendzentrum Klingholzberg und Diakonie Wuppertal. Diese drei Einrichtungen haben ihr Angebot erweitert, um auch für die Kinder und deren Familien niederschwellige Hilfen zu entwickeln, die im ersten Schritt kindgerechte Alternativen für die Kinder auf dem Berliner Platz beinhalten.

Mit diesem Projekt sollen folgende aufeinander aufbauende Ziele erreicht werden:

- Schaffen bzw. Ausbau von Spiel- und Freizeitmöglichkeiten auf dem Platz
- Beziehungsaufbau zu den Jugendlichen, den Kindern und deren Familien
- Anbindung an die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil
- Konkrete Angebote für die Kinder und ihre Eltern durch Vermittlung in weiterführende Hilfen, z.B. der Diakonie

Jeden Donnerstag und jeden Freitag von 14 Uhr bis 17 Uhr werden Spiel- und Freizeitmöglichkeiten auf dem Platz geschaffen, um so eine Beziehung zu den Kindern, den Jugendlichen und deren Familien aufzubauen.

Dazu wird ein „mobiles Café“ auf dem Platz mit einem durch Spenden finanzierten Bauwagen und einem großen Zelt, Tischen und Stühlen, Brett- und Bewegungsspielen sowie Möglichkeiten und Material zum Malen und Basteln errichtet. Ein fester Mitarbeiterstamm sorgt für die personelle Kontinuität und damit für die Grundbedingung einer gelingenden Beziehungsarbeit. Wasser und Saft für die Kinder, als auch Kaffee für die Eltern werden angeboten.



Jeden Dienstag kommt dann das Spielmobil der Stadt Wuppertal auf den Platz und im Sommer gibt es freitags zusätzlich ein spezielles Angebot für Jugendliche im Rahmen der Sommeraktionen. Daran beteiligen sich neben CVJM Oberbarmen, Diakonie Wuppertal und Jugendzentrum Klingholzberg auch wiederum die mobile Jugendarbeit der Stadt Wuppertal mit der Streetsocceranlage als auch weitere Institutionen wie die Polizei oder die Kirchengemeinde Wupperfeld.

Das Eröffnungsfest fand am 27. April 2007 statt.

Zur Zeit wird das Projekt sowohl von den Eltern als auch von den Kindern und Jugendlichen gut angenommen. Bei gutem Wetter werden bis zu 50 Kinder und Jugendliche erreicht, 10 – 15 bei Regen.

3.2 Döppersberg

Der Döppersberg ist wohl *der* Verkehrsknotenpunkt Wuppertals – hier treffen drei große Bereiche des ÖPNV aufeinander: der Wuppertaler Hauptbahnhof, ein großer Busbahnhof sowie eine Schwebbahn-Haltestelle. Entsprechend häufig wird er von PassantInnen, PendlerInnen, Reisenden und BesucherInnen frequentiert.

Zusätzlich halten sich vor dem Tunnel, der den Hauptbahnhof mit der Innenstadt verbindet regelmäßig ganztags Menschen auf, von denen einige erhebliche Mengen Alkohol konsumieren. Der angrenzende Platz vor der Eingangspassage zum Schwebebahnhof wiederum, dient auch KonsumentInnen illegaler Drogen zum Aufenthalt. Einige von diesen Personen sind von Obdachlosigkeit bedroht.

In der Vergangenheit hatten u. a. die MieterInnen der Ladenpassage geäußert, dass sich ein solches Publikum geschäftsschädigend und störend auswirke. Daraufhin wurde zusammen mit allen Beteiligten Lösungswege und -schritte erarbeitet (vgl. Tätigkeitsbericht 1999 - 2000, 2004). So wurden u. a. die Reinigungsintervalle neu strukturiert, die Beleuchtung verbessert, kleinere bauliche Veränderungen vorgenommen sowie die Anzahl von Mülleimern (auch durch die ansässigen Gastronomen selbst) und Aschenbecher erhöht. Das gedankenlose Fortwerfen von Abfall ist ein Verhalten, das sich durchaus durch alle Bevölkerungsgruppen und -schichten zieht.

Zur Zeit wird der Döppersberg von StreetworkerInnen aus dem Bereich Wohnungslosenhilfe (Diakonie Wuppertal, vgl. 4.5.2, S. 42) sowie einer Streetworkerin für Drogenarbeit (Gleis 1, vgl. 3.2.1, S. 14) aufgesucht. Allerdings ist auf Grund der finanziellen Situation an eine dringend notwendige Erweiterung des Personals nicht zu denken.

Die StreetworkerInnen versuchen durch gezielte Einsätze alle Beteiligten zu unterstützen und zu einer Verbesserung der Situation beizutragen. Bereits jetzt werden beträchtliche Personengruppen von Einrichtungen, die Aufenthalts- und Betreuungsangebote vorhalten, gebunden. Ziel ist es weitere Angebote zu schaffen, in denen unterstützende Angebote unterbreitet und an die die Personengruppen angebinden werden können.

Um die Situation am Schwebebahnhof zu verbessern und Kriminalität vorzubeugen und zu bekämpfen, werden in unregelmäßigen Abständen Sonderaktionen insbesondere gegen Drogenkriminalität von Seiten der Polizei und der Ordnungsbehörde geleistet und im Bedarfsfall wiederholt. Außerdem ist seit Mai 1995 eine Polizeiwache ins KÖBO-Haus eingezogen und somit direkt vor Ort, was auch präventive Auswirkungen haben könnte.

Gute Erfolge und Synergieeffekte wurden bisher auch durch die Kooperationsvereinbarung zwischen der Kreispolizeibehörde und dem Ordnungsamt der Stadt Wuppertal (vgl. O, S. 29) erzielt, u. a. durch regelmäßige gemeinsame Streifengänge von Polizei und Ordnungsdienst (OD).

Wie aus den vergangenen Jahren bekannt, ist es den dort verweilenden Personen nicht zu untersagen, ihre Freizeit dort zu verbringen, es sei denn ein Verstoß gegen die Wuppertaler Straßensatzung oder ein höherrangiges Recht würde bekannt sein und beweisbar vorliegen.

Neben den derzeit städtebaulich unzureichenden Gegebenheiten vertritt die Steuerungsgruppe die Auffassung, dass im Fall des Versuchs einer freiwilligen Verlagerung zusammen mit diesen getroffenen Maßnahmen ein alternativer Aufenthaltsort anzubieten ist.

Zu diesem Themenfeld hat es bereits in 2005 zwei Gespräche mit den beteiligten Personen und Institutionen in der Kirche am Kolk gegeben. Ziel war die Erhöhung des gegenseitigen Verständnisses der unterschiedlichen Ansichten und Interessen. Da zum damaligen Zeitpunkt die Lösung eines Aufenthaltsraumes in einem Gebäude aus finanziellen Gründen nicht in Frage kam, wurde primär eine Lösung im Freien diskutiert. Aus dem Kreis der Personen, die sich am Döppersberg aufhalten, wurde in diesem Zusammenhang eine Möglichkeit bevorzugt, die sich im Freien befindet, überdacht und zentral gelegen ist. Dieser Lösung wird – zumindest bei gutem Wetter – der Vorzug vor einem (geschlossenen) Raum gegeben.

Der Freundes- und Förderkreis Suchtkrankenhilfe e. V. (ffs) wird im Herbst 2007 am Döppersberg eine Einrichtung eröffnen, die u. a. die Situation am Döppersberg „entschärfen“ hilft und den Menschen, die sich tagsüber ab Döppersberg aufhalten eine Anlaufstelle bietet (vgl. 3.2.2, S. 16).

3.2.1 Gleis 1 mit Drogenkonsumraum⁴

Die Einrichtung Gleis 1 ist eine Anlauf-, Kontakt- und Aufenthaltsstelle für KonsumentInnen illegaler Drogen, in nächster Nähe zum Szenetreffpunkt Döppersberg („Platte“). Der Kontaktladen, ein Beratungsbereich, die psychosoziale Betreuung Substituierter (PSB), die Suchtberatung als Eingliederungsmaßnahme nach SGB II § 16 Abs. 2, die Drogentherapeutische Ambulanz (DTA) und der Drogenkonsumraum sind in das Angebot in einem alten Bahnhofsgebäude integriert.

Im Jahr 2006 wurde die Arbeit der Einrichtung „Gleis 1“, des niedrighwelligen und akzeptanzorientierten Angebotes der Drogenhilfe des Freundes- und Förderkreises Suchtkrankenhilfe e.V. in Wuppertal, im zwölften Jahr engagiert und erfolgreich weitergeführt.

Im Sommer jährte sich zum fünften Mal die Arbeit im Drogenkonsumraum, der seit dem 15.06.2001 das Angebot der Drogentherapeutischen Ambulanz ergänzt.

Mit 12 Plätzen für Arbeitsgelegenheiten nach SGB II §16, 3 bot man im Jahr 2006 26 Menschen vorübergehende Beschäftigung, Qualifizierung und Unterstützung bei der Vermittlung auf den 1. Arbeitsmarkt.

Der Kontaktladen hatte im Jahr 2006 an 304 Tagen geöffnet (einschl. der Samstage) und wurde durchschnittlich von 109 Männern (79,1%) 27 Frauen (19,8%) und einem Kind (1,1%) besucht, dies entspricht knapp 40.000 KlientInnenbesuchen im gesamten Jahr.

⁴ Der Text zu Punkt 3.2.1 wurde in weiten Teilen dem Jahresbericht 2006 der Einrichtung entnommen

Starken Zulauf und steigende Betreuungszahlen hatte der Bereich Streetwork. Neben den dreimal wöchentlichen Wegen auf die "Platte" am Döppersberg und einmal wöchentlich nach Oberbarmen begleitete die zuständige Streetworkerin im Rahmen einer halben Stelle KlientInnen zu den Wuppertaler Justizbehörden: 9 KlientInnen begleitete sie zu Gerichtsverhandlungen, wobei ihre Aufgabe i. d. R. darin bestand, dem Gericht Auskunft über den Stand der Betreuung bzw. der Therapievermittlung zu geben; 18 Besuche führte sie in der JVA Wuppertal durch, wobei sie pro Besuchstermin zumeist mehrere Betreute aufsuchte. Sie führte 14 Besuche in Krankenhäusern durch und 9 Hausbesuche bei KlientInnen, die erkrankt waren. Eine Begleitung bei Behördengängen der KlientInnen war in 16 Fällen notwendig und zur Rechtsdurchsetzung erfolgreich. Darüber hinaus begleitete und vermittelte sie zu weiteren Institutionen des Wuppertaler Hilfesystems. Auch die Verteilung von Spritzen und Kondomen wurde von ihr wie im Vorjahr weitergeführt.

Durch die langjährige Präsenz der Streetworkerin vor Ort haben sich die Beziehungen zu den KlientInnen auf der Platte gefestigt und weiter ausgebaut. Mitunter entstand in den Sommermonaten eine Frauenrunde auf der Platte. Aufgrund des aufgebauten Vertrauens konnten hier auch intime Themen wie Safer Sex diskutiert werden. Wichtig war dabei, dass die Streetworkerin hierbei ihr in Hepatitis-Seminaren erworbenes Wissen weitergeben konnte.

Die 1 x wöchentliche Sprechzeit der Streetworkerin in Oberbarmen im Café Berlin der Wuppertaler Diakonie wurde weiterhin regelmäßig angeboten und rege wahrgenommen. Auf dem nahe gelegenen „Berliner Platz“, dem zweiten, in geringem Umfang durch DrogenkonsumentInnen besuchten Treffpunkt der öffentlichen Szene Wuppertals, war zu beobachten, dass die Anzahl der DrogengebraucherInnen im Laufe des Jahres kontinuierlich abnahm. Viele der dortigen StammbesucherInnen wechselten ihre Wohnsitze und verzogen in andere Stadtteile Wuppertals und frequentierten dann vermehrt die Elberfelder „Platte“.

Wie in den Jahren zuvor organisierte die Streetworkerin eine Beteiligung an der Veranstaltung der Wuppertaler Elterninitiative für akzeptierende Drogenarbeit e.V. zum Nationalen Gedenktag der Drogentoten am 21. Juli in der Fußgängerzone am Döppersberg. Mit einem Infostand wurde über die Arbeit der Einrichtung „Gleis 1“ informiert. Seit diesem Tag stehen zwei kleine Weidenbäume, die Trauerbäumchen, vor der Gedenksteinmauer an der Fassade der Einrichtung Gleis 1. An ihren Zweigen wehen bunte Stoffbänder, beschriftet mit Namen und Jahreszahlen, zur Erinnerung an uns bekannte Drogentote. Im Jahr 2006 sind vier Bänder hinzugekommen.

Im Bereich Streetwork war in 2006 eine gestiegene Anzahl der Vermittlungen in Entgiftungen und Substitution zu verzeichnen. Das schnelle und unmittelbare Angebot der vertrauten Mitarbeiterin trug dazu bei, dass zahlreiche KlientInnen die Schwellenangst überwinden konnten und so auch den Weg in die Einrichtung „Gleis 1“ fanden.

Ein weiteres gewichtiges Feld der ambulanten Suchtkrankenhilfe ist die Psychosoziale Betreuung (PSB) im Rahmen einer Substitutionsbehandlung .

Allgemeines Ziel der PSB ist es, die psychisch, physisch und sozial schädigenden Folgen des illegalisierten Drogenkonsums einzugrenzen und die KlientInnen darin zu unterstützen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten eine Integration in alle gesellschaftlichen Bereiche zu erreichen. Die Finanzierung der Arbeit im PSB-Bereich erfolgte zum einen durch das Land NRW und zum größeren Teil durch die Stadt Wuppertal gemäß § 53 SGB XII.

Im gesamten Berichtszeitraum war eine dauerhaft hohe Nachfrage nach psychosozialer Betreuung festzustellen. Die Betreuung wurde im Rahmen von Einzelgesprächen durchgeführt.

Deutlich wurden hier mittlerweile feste, über einen längeren Zeitraum stabile, Betreuungsverhältnisse.

Zur Stabilisierung der KlientInnen, die sich stärker von der Szene distanzieren wollen, wurde im 14tägigen Rhythmus eine Sprechstunde im „Café Okay“ angeboten.

2006 befanden sich im Gleis 1 im Jahresdurchschnitt 219 KlientInnen in PSB im Rahmen einer Substitutionsbehandlung. Davon waren 161 Personen männlich, 58 weiblich, was einem Anteil von 26,5 % entspricht.

Gut ein Drittel der von Gleis1 betreuten Menschen sind Eltern. Nach Meinung der MitarbeiterInnen sollte es eine Aufgabe des Drogenhilfesystems sein, in Absprache mit der Jugendhilfe unterstützende und vermittelnde Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz der erziehenden Eltern zu machen.

Der seit November 2004 beschäftigte Sicherheitsdienst sorgt u. a. dafür, dass sich während der Öffnungszeiten des Kontaktladens keine BesucherInnen länger als nötig auf dem Gelände außerhalb des Hauses aufhalten. Dadurch konnten sich die für den Kontaktladen zuständigen MitarbeiterInnen intensiver auf die originäre Kontakt- und Beziehungsarbeit konzentrieren.

All diese Angebote und Maßnahmen, sowie einige, hier nicht näher erläuterte, führen zu einem relativ spannungsfreien Mit- und Nebeneinander von DrogenkonsumentInnen und Bürgerinnen und Bürgern.

Die verstärkte Polizeipräsenz im Umfeld der Einrichtung und der Sicherheitsdienst auf dem Gelände sorgen dort für Ruhe und Ordnung – sehr zur Zufriedenheit der Nachbarschaft, auch das ist den MitarbeiterInnen von Gleis 1 sehr wichtig. Für die MitarbeiterInnen hat sich eine deutlich weniger belastende Arbeitssituation eingestellt.

Selbstverständlich besteht für die AnwohnerInnen auch weiterhin das Angebot, sich bei Beschwerden auch an die Sozialen Ordnungspartnerschaften zu wenden. Dank der guten Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen und der zeitnahen Umsetzung von Verbesserungen hat es in den vergangenen Jahren nahezu keine Beschwerde mehr gegeben. Darüber hinaus findet einmal jährlich ein fester Bürgertermin statt, an dem der Verlauf des vergangenen Jahres resümiert wird und ggf. Veränderungsvorschläge diskutiert und ausgearbeitet werden können.

3.2.2 Café DÖPPS - Cafétbetrieb und Anlaufstelle mit Beschäftigungsorientierung am Döppersberg⁵

Das hier dargestellte Konzept und die beschriebene Projektidee konnten mit Unterstützung der ARGE umgesetzt und realisiert werden. Die Eröffnung der Einrichtung erfolgte am 23.10.2007.

⁵Die Informationen zu Punkt 3.2.2 entstammen dem Konzept des Freundes- und Förderkreises Suchtkrankenhilfe e. V., Stand März 2007

Zur Ausgangslage:

Seit 1997 beschäftigt sich die „Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen“ auch mit der Situation auf der „Platte“. Die „Platte“ ist seit mehr als 2 Jahrzehnten Treffpunkt von Obdachlosen, Suchtkranken und Personen mit viel Tagesfreizeit in der Elberfelder Innenstadt am Scheitelpunkt von Bahnhofsausgang, Schwebebahn und dem Beginn der Fußgängerzone.

Die Steuerungsgruppe hat sich u.a. zur Aufgabe gemacht die unterschiedlichen Bürgerinteressen miteinander in Einklang zu bringen, um die Situation für alle Beteiligten zu verbessern. Einerseits galt und gilt es dem Sicherheits-, Ordnungs-, und Sauberkeitsbedürfnis der Bürger Rechnung zu tragen und andererseits die sozial Schwachen dieser Gesellschaft nicht auszugrenzen und zu verdrängen.

Der Freundes- und Förderkreis Suchtkrankenhilfe e.V. mit seinen Wuppertaler Einrichtungen Gleis 1 und Café Okay sowie mit sozialen Handlungsfeldern wie Streetwork, Drogenkonsumraum und dem Arbeitsprojekt Clean Streets verfügt über die entsprechenden Kontakte und Beziehungen zu den Menschen auf der Platte und über Erfahrungen mit Arbeits- und Beschäftigungsprojekten für die Zielgruppe.

Projektidee

Als Alternative zu rein ordnungspolitischen Maßnahmen möchten wir hiermit ein Konzept vorgelegen, dass zwei Handlungsstränge verfolgt. Zu einem gilt es Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen Aufenthaltsmöglichkeiten zu bieten, um diese Zielgruppe verstärkt an die Bereiche Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung heranzuführen. Hierzu soll in Räumlichkeiten des KÖBO-Hauses eine Anlaufstelle mit Cafébetrieb eröffnet werden, die allen Menschen auf der „Platte“ als Kontakt- und Aufenthaltsmöglichkeit offen steht. Die Angebote sollen auf die Bedürfnisse von obdachlosen und suchtkranken Menschen ausgerichtet sein.

Aus diesem Handlungskontext heraus kann sich die Möglichkeit der Motivation zur Teilnahme an Arbeits- und Beschäftigungsprojekten entwickeln und somit die Teilnahme an einer sinnvoll entlohnten Tätigkeit im Bereich von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. Die Anlaufstelle dient somit nicht nur als Aufenthaltsmöglichkeit, sondern bietet über die individuelle Kontaktaufnahme, die Einbindung in bestehende Versorgungsstrukturen sowie die Orientierung auf Beschäftigungsangebote.

Das Projekt bietet zusätzlich in eigener Verantwortung bis zu 15 Arbeitsgelegenheiten im Rahmen von Mehraufwandsentschädigung an. Inhalte dieser Maßnahmen sind insbesondere die Beschäftigungsorientierung zur Entwicklung von Perspektiven und die Hinführung auf den Arbeitsmarkt durch Feststellung- und Selbsterprobung der Erwerbsfähigkeit, soziale Stabilisierung, Erlangung grundlegender Schlüsselqualifikationen - unter besonderer Berücksichtigung der gesundheitlichen Situation - und Stabilisierung, um auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, oder in einem Sektor des zweiten Arbeitsmarktes eine Verbesserung der Perspektiven zu ermöglichen.

Zielgruppe:

Zielgruppe des Projektes sind Personen, die sich täglich auf der Platte aufhalten und als BesucherInnen der Anlaufstelle auf Beschäftigungsangebote orientiert werden können. Diese

Gruppe ist gekennzeichnet durch multiple Problemlagen: Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Suchterkrankung, psychische Erkrankungen, Schulden etc.

Teilen dieser Zielgruppe soll die Möglichkeit der Beschäftigung im Rahmen des Gesamtprojektes angeboten werden. Die Beschäftigung erfolgt analog zum Programm der ARGE: „Zusatzjobs für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 SGB II.“ Dies bedeutet, dass die Personen arbeitsfähig sind, ALG II beziehen und bisher nicht in Maßnahmen der Arbeits- und Beschäftigungsförderung integriert werden konnten.

Fakten:

Bei der Beschreibung der oben genannten Zielgruppe handelt es sich zum großen Teil um Abhängige von illegalen Drogen. Die Teilnahme dieser Personengruppe an Maßnahmen der aktiven Arbeits- und Beschäftigungsförderung ist weit unterdurchschnittlich.

Dieser Sachverhalt wird auch bestätigt durch das Ergebnis einer Befragung in den Einrichtungen Gleis 1 und Café Okay im Dezember 2006 über die Arbeits- und Beschäftigungssituation der von ihnen betreuten 298 substituierten Drogenabhängigen. Dabei kamen sie zu folgendem Ergebnis:

- 6% sind im ersten Arbeitsmarkt integriert
- 5,5% sind Bezieher von ALG I
- 2% beziehen eine Rente
- 2% beziehen Sozialgeld (SGB XII)
- 1% sind in Arbeitsförderungsmaßnahmen nach SGB III
- 3,5% sind in einer AGH Maßnahme mit Mehraufwandsentschädigung
- 81,5% beziehen Arbeitslosengeld II, nehmen aber an keiner AGH Maßnahme teil

Dieses Ergebnis dürfte übertragbar sein auf die anderen Personengruppen, die den Döppersberg als Aufenthalts- und Kommunikationsort nutzen. Die Einbindung dieser Personengruppe in beschäftigungsfördernde Maßnahmen ist Bestandteil der Konzeption. Ein angemessenes Verhältnis der unterschiedlichen Zielgruppen, aber auch von Personen, die nicht unmittelbar zu Besuchern der „Platte“ gehören, ist dabei herzustellen, um einen möglichst reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Rahmen:

Die ARGE Wuppertal hat es sich zur Aufgabe gemacht, neben der Arbeitsförderung und Vermittlung so genannter marktfähiger Kunden auch soziale Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung zu unterstützen, die sich an Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen richtet.

Das vorgelegte Konzept verfolgt die o.g. Schwerpunkte, die hier nochmals zusammengefasst aufgelistet werden:

Die Bereitstellung sozialer und gesundheitlicher Unterstützungsleistungen im Rahmen einer Anlaufstelle mit Cafébetrieb. Dazu zählt auch die Motivierung zur Teilnahme an den Arbeits- und Beschäftigungsprojekten der ARGE.

Die beschäftigungsorientierte Umsetzung von Maßnahmen im Bereich von Arbeitsgelegenheiten.

Projektziele:

Das Projekt verfolgt u.a. folgende Ziele:

- Heranführung an Arbeit- und Beschäftigung
- Tagesstrukturierung
- Erkennen der Notwendigkeit von Qualifikationsbedarfen
- Erlernen von Schlüsselqualifikationen
- Abbau von Vermittlungshemmnissen
- Förderung der Motivation für die eigene Berufswegplanung
- Förderung von personalen und sozialen Kompetenzen
- Förderung des Selbstvertrauens
- Training der Integration von Arbeit in den Tagesablauf
- Gesundheitliche und soziale Stabilisierung
- Förderung von suchtspezifischer Behandlungsbereitschaft und Abstinenz

Weitere sozialintegrative Ziele sind die Entschärfung der Konflikte auf der „Platte“, die Förderung von Toleranz der verschiedenen Interessengruppen im Umgang miteinander und die Unterstützung der BesucherInnen in Krisen und bei der Suche nach Hilfsangeboten.

Arbeitsweise:

Für einen Teil der Beschäftigten im Rahmen von AGH-Stellen gehören die BesucherInnen der Anlaufstelle zu ihrem vertrauten Umfeld. Dazu gehört auch eine umfangreiche Kenntnis der Probleme, Sorgen und Nöte der Betroffenen. Dieser Umstand lässt eine hohe Identifikation der Beschäftigten mit ihrer Arbeit erwarten. Die Einbeziehung von Betroffenenkompetenz bei der Festlegung von Angeboten und Arbeitsweisen kann somit die Identifikation der Beschäftigten mit dem Projekt erhöhen.

Bei den Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten mit MAE wird eine Jobrotation angestrebt. Dadurch erhalten sie die Möglichkeit, sich in den verschiedenen Beschäftigungsfeldern auszuprobieren und für ihren jeweiligen Arbeitsbereich Verantwortung zu übernehmen. Hierbei ist angestrebt, sich auch in anderen Bereichen der Vereinsarbeit (Café Okay, Gleis 1, Clean Streets, Verwaltung) durch Praktika zu erproben.

Insgesamt sind 15 AGH-Stellen in Vollzeit vorgesehen, so dass zeitgleich 4 Personen eine ständige Präsenz - unter Berücksichtigung der Öffnungszeiten von 51 Stunden wöchentlich von montags bis samstags - gewährleisten. Der Personengruppe angemessen scheint es, auch Teilzeitstellen sowie flexible Beschäftigungszeiten anzubieten.

Beschäftigungsfelder

sind u.a.:

- Umgang mit BesucherInnen
- Kontaktaufnahme auf der „Platte“ und Orientierung auf die Einrichtung
- Ausgabe von Getränken
- Ausgabe von Spielen und Zeitschriften
- Bedienung der BesucherInnen
- Abräumen der Tische
- Reinigung von Theke und Tischen
- Reinigung des Gastraumes und der Toiletten
- Übernahme von Reinigungsaufgaben im Umfeld der Einrichtung
- Umgang mit PC und Internet
- Orientierung von Betroffenen auf die Einrichtung
- Informationsvermittlung
- Teilnahme an Teamsitzungen
- sowie die o.g. Praktika.

Qualifizierung:

Die Qualifizierung erfolgt arbeitsbereichsbezogen und arbeitsbereichsübergreifend.

Arbeitsbereichsübergreifende Qualifizierungsangebote können, entsprechend des individuellen Bedarfs beispielhaft sein:

- Bewerbungstraining und systematische Arbeitsplatzsuche
- Verwaltung und Buchführung bzw. alternativ haushalttechnische Fertigkeiten
- PC Anwenderschulung
- etc.

Arbeitsbereichsbezogene Qualifizierungsangebote:

Im Prozess der Arbeit erwerben und erweitern die Beschäftigten Schlüsselqualifikationen wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Planungs- und Organisationsfähigkeit, Selbstständigkeit sowie Teamfähigkeit. Darüber hinaus können die mit dem Arbeitsfeld „Cafébetrieb“ verbundenen Tätigkeitsfelder entsprechend des jeweiligen Einsatzes eingeübt werden.

- Umgang mit Kunden
- Servieren
- Reinigung und sachgerechter Umgang mit Reinigungsmitteln
- Arbeitssicherheit
- Deeskalation von Konflikten

- Kennen lernen und Beachten von Desinfektions- und Hygienerichtlinien
- Arbeit im Team
- Erste-Hilfe Schulung

Funktionsbereich Arbeitsanleitung:

Insgesamt sollen drei AnleiterInnen im Rahmen des § 16 Abs. 3 Satz 1 SGB II – Arbeitsgelegenheiten – Entgeltvariante, beschäftigt werden. Wünschenswert ist der Einsatz einer Person mit Migrationshintergrund.

Zu den Tätigkeitsfeldern der ArbeitsanleiterInnen zählen die:

- Arbeitsanleitung in den Beschäftigungsfeldern
- Kassenführung
- Dokumentation (Besucherzahlen, Hausverbote und besondere Vorkommnisse)
- Übergabe bei Teamwechsel
- Ausgabe von Informationsmaterial
- Erstellen von Werbeträgern, Flyern
- Zusammenstellung der Arbeitsteams nach individuellen Fähig- und Fertigkeiten
- Organisation und Sicherung der Betriebsabläufe
- Dokumentation der Arbeit
- Kontrolle der Einhaltung von Betriebsanweisungen

Somit übernehmen die AnleiterInnen Anleitungs- und Vorarbeiterfunktionen und sorgen im Rahmen ihrer organisationstechnischen Aufgaben für einen funktionsfähigen Betrieb. Hierbei gilt es auch die individuelle Betreuung der AGH-Stellen entsprechend der aktuellen Betreuungsbedarfe festzustellen und zu gewährleisten, dass eine den spezifischen Anforderungen der jeweiligen Situation angemessene Anleitung erfolgt.

Über die Beobachtung der Motivationsentwicklung und Arbeitsleistung der MitarbeiterInnen kann eine zeitnahe Abstimmung der Qualifizierungserfordernisse mit den vorgehaltenen Qualifizierungsanteilen arbeitstäglich in Rücksprache mit dem verantwortlichen Personal erfolgen, was sich auf die Arbeitsmotivation, die Qualität der Anleitung und pädagogischen Begleitung - und damit auf die Stabilität der Betroffenen - positiv auswirkt.

Funktionsbereich Integrationsleistungen, Begleitung und Coaching

Die fachgerechte Begleitung in der Maßnahme hat vor allem die Aufgabe, die persönliche Stabilität der Beschäftigten zu fördern und geeignete Schritte zur Arbeitsmarktintegration zu planen und umzusetzen.

Gerade aufgrund der unterschiedlichen persönlichen Voraussetzungen der Beschäftigten in Bezug auf Arbeit- und Beschäftigung bedarf es der individuellen Förderung von beruflicher Qualifizierung und bei der Arbeitsplatzsuche. Beim Umgang mit den KollegInnen aus dem eigenen AGH-Team und mit den BesucherInnen ist den Themenfeldern: Suchtverständnis, Co-Abhängigkeit und Verbindlichkeit von Arbeitsabsprachen ein besonderes Augenmerk zu schenken.

Zu den Aufgabenfeldern gehört die Umsetzung der Konzeption sowie die konzeptionelle Fortschreibung des Projektes.

Im Einzelnen umfasst die teilnehmerbezogene Aufgabe der fachgerechten Begleitung in folgenden Bereichen:

- Durchführung der arbeitsbereichsbezogenen Qualifizierung in Gruppenarbeit
- Teamentwicklung und Unterstützung der Fähigkeit zur Teamarbeit der Beschäftigten
- Dienstplanung und Urlaubsplanung
- Verwaltung, Dokumentation, Berichts- und Kassenwesen
- Berufs- und Sozialanamnese
- Aufbau und Stabilisierung einer möglichst hohen Selbständigkeit
- Förderung von Schlüsselqualifikationen.

Hinzu kommen Arbeitsfelder, von denen nicht nur die Beschäftigten in Rahmen von AGH-Stellen, sondern auch die BesucherInnen profitieren:

- Reaktivierung beruflicher Interessen und Fähigkeiten unter besonderer Berücksichtigung der individuellen Personenmerkmale
- Entwicklung einer realistischen beruflichen Perspektive
- Unterstützung bei der beruflichen und sozialen Integration
- Begleitende soziale und lebenspraktische Hilfen
- Reduzierung körperlicher, sozialer und psychischer Folgeerscheinungen
- Krisenintervention
- Erste- Hilfe im Drogennotfall
- Deeskalation von Konflikten
- Koordinierung suchtspezifischer Hilfen bei Rückfällen bzw. bei Beikonsum
- Information, Beratung und Vermittlung der BesucherInnen.

Diese Betreuungsarbeit richtet sich an die Beschäftigten und BesucherInnen, bei denen durch eine Bündelung unterschiedlichster Problembereiche eine eigenverantwortliche Lebensführung häufig schwierig ist. Hierbei handelt es sich um eine Kombination von ausgeprägten körperlichen, psychischen und/oder sozialen Beeinträchtigungen. Die allgemeine psychosoziale Betreuung orientiert sich an den Möglichkeiten und Ressourcen der Beschäftigten und BesucherInnen. Sie erfordert eine intensive Informations- und Kooperationsarbeit mit komplementären Diensten.

Funktionsbereich gesundheitliche Vorsorge und Aufklärung:

Die Beschäftigten wie auch die BesucherInnen des Café weisen zumeist schwerwiegende Krankheitsbilder auf, die oftmals als erhebliches Vermittlungshemmnis anzusehen sind. Neben somatischen Erkrankungen und Infektionserkrankungen sind auch psychiatrische Krankheitsbilder weit verbreitet. Dies gilt es als Bestandteil des Arbeitsansatzes zu berücksichtigen, um einer Verschlechterung entgegenzuwirken, Interessen herauszufinden und die Selbständigkeit zu fördern.

Auf die Einrichtung und den Träger bezogen sind u.a. folgende Aufgaben zu benennen:

- das Erkennen von krankheitsbedingten Beeinträchtigungen
- das Wahrnehmen, Stärken und Fördern von gesunden Anteilen
- Hilfestellung bei krankheitsbedingten Schwierigkeiten und bei der Reflexion von Verhaltensweisen
- die Durchführung von Präventionsmaßnahmen und Beratung
- Hilfestellung bei lebensbedrohlichen Maßnahmen
- die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen und Schulungen mit folgenden Themenschwerpunkten:
 - suchtasoziierten Krankheitsbildern
 - Safer-Use und Safer-Sex Beratung
 - Erste-Hilfe im Drogennotfall
 - Hygieneschulung

Darüber hinaus gilt es die Beschäftigten in hygienischen und gesundheitlich relevanten Bereichen anzuleiten und zu qualifizieren.

Den BesucherInnen des Cafés steht der Bereich der Krankenpflege für Informationen, Beratung, Vermittlung in Kliniken und an Ärzte sowie in Einrichtungen des Hilfesystems zur Verfügung.

Insgesamt ist die Aufgabenstellung des Bereiches der Gesundheitsvorsorge - bei der benannten Zielgruppe – als ein wesentlicher Faktor für eine Beschäftigungsorientierung anzusehen.

Projektleitung:

Die Aufgabe der Projektleitung nimmt die Leitung der Drogenhilfeeinrichtung Gleis 1 war. Dadurch ergeben sich Synergieeffekte und der Kommunikationsfluss zwischen der Anlaufstelle und der Hilfseinrichtung ist gewährleistet.

Öffnungszeiten:

Die Öffnungszeiten sollten von 11:00 bis 20:00 in der Woche und samstags von 11:00 bis 17:00 betragen. Die Öffnungszeiten orientieren sich an den Kenntnisstand unserer Streetworkerin und den Erfahrungen der Einrichtungen Gleis 1 und Clean Streets.

Wuppertal, im März 2007

3.2.3 Neugestaltung Döppersberg

3.2.3.1 Döppersberg⁶

Der Umbau des Döppersbergs ist das größte und bedeutendste Stadtentwicklungsprojekt Wuppertals der letzten Jahrzehnte. Mit den Planungen zur Neugestaltung des Döppersbergs hat der Rat der Stadt auch eine Stärkung der Innenstadt beschlossen. Das Projekt steht für den deutlichen Willen der Stadt nach Zukunfts- und Leistungsfähigkeit sowie einer notwendigen und konsequenten Zentrumsbildung.

Das Ministerium für Bauen und Verkehr sagt den Baubeginn und die Finanzierung des Projektes für 2009 zu. Schwerpunkt der Arbeit ist gegenwärtig die Ausführungsplanung von einzelnen Bereichen und die Abstimmung der komplexen Gesamtmaßnahme mit den Kooperationspartnern (z.B. WSW mobil GmbH, DB Station&Service AG).

Auch finden zur Zeit bezüglich der Modernisierung/Erneuerung des Empfangsgebäudes Gespräche mit der Deutschen Bahn AG Station&Service statt. Die Zuständigkeit für das Empfangsgebäude liegt ausschließlich bei der Bahn, die sich für Ihren Bereich um die entsprechende Finanzierung bemüht.

Zentraler Baustein der gesamten Neugestaltung des Döppersbergs ist die direkte, barrierefreie Anbindung der Innenstadt an den Hauptbahnhof.

Voraussetzung dafür ist die Absenkung der Bundesstraße B 7 (Bundesallee) und damit eine bequeme und großzügige Fußgängerbrücke in der Verlängerung der Alte Freiheit (Fußgängerzone) über die dann abgesenkte B7.

Durch diese Maßnahme entsteht vor dem Hauptbahnhof wieder ein großzügiger Bahnhofsvorplatz, der multifunktional (Märkte, Veranstaltungen etc.) genutzt werden kann.

Durch die Kopplung von Bahnhof und Busbahnhof wird der Platz eine entsprechend hohe Fußgängerfrequenz aufweisen. Für den künftigen Vorplatz liegen die Entwürfe vor. Die Fassade der Mall und die Platzoberflächen liegen teilweise schon sehr detailliert ausgearbeitet und als Modell vor, um einen Eindruck der späteren Qualität zu gewinnen.

Der Busbahnhof wird unmittelbar an den Hauptbahnhof angegliedert und vom Bahnhofsgelände aus barrierefrei erreichbar sein. Die Überdachung der Busbahnsteige erfolgt in Form von Liniendächern. Die Möglichkeit, bei entsprechendem Sponsoring auch ein durchgängiges Dach zu bauen, wird statisch und planerisch weiter möglich bleiben.

Der Bahnhofsvorplatz vor dem Eingang zur Mall (Ebene 0) soll eine große, offene Fläche werden, die über einen Wasser-/Lichtring und über eine entsprechende Möblierung Akzente erhält.

Die öffentliche Fläche direkt vor dem Empfangsgebäude und der ehemaligen Bundesbahndirektionen (Ebene 1) wird als grüner Stadtplatz ausgebildet. Sparsam eingesetzte Bäume und Grünelemente erzeugen hier eine ruhige Atmosphäre.

⁶ Die Informationen zur Neugestaltung des Döppersberges entstammen in weiten Teilen folgenden Internet-Seiten: <http://www.regionale2006.de/>, <http://www.doepplersberg.de/>, <http://www.wuppertal.de> sowie den Informationen von Herrn Bleck, 101.22, Städtebauliche Konzepte und Gestaltung

Die Mall bietet auf rund 2.300 qm über zwei Ebenen Platz für Geschäfte, Gastronomie und Dienstleistung und trägt damit wesentlich zur Belebung und zur Sicherheit des unmittelbaren Bahnhofsumfeldes bei. Aus der Mall ist direkt, vor Wettereinflüssen geschützt und barrierefrei der Übergang zu den beiden Parkdecks mit rund 250 öffentlichen Stellplätzen und zum Busbahnhof möglich. Ebenso der Zugang zu den Gleisanlagen der DB.

Das Angebot an Geschäftsflächen im Bereich der Mall, der Passage und der Geschäftsbrücke wird erheblich zur Belebung des künftigen Bahnhofsvorplatzes beitragen. Dies gilt auch für die neu entstehende Investorenbebauung.

Die Nutzungsstruktur und die Qualität der Architektur werden im Investorenverfahren entscheidend sein.

Der Wupperpark (Bereich am Infozentrum) ist als offener, heller Stadtraum geplant und wird thematisch entlang der B 7 Richtung Alexanderstraße fortgesetzt. Die starke Frequentierung des Platzes spielt bei der Planung eine große Rolle. Sitz- und Aufenthaltsbereiche soll es in großer Anzahl geben.

Der Wupperpark soll für alle unterschiedlichen Gruppen zur Verfügung stehen. Spielflächen für Kinder (Spielpunkte) können im Wupperpark vorgesehen werden. Grundsätzlich sind über den Freiflächen keine dauerhaften Bedachungen eingeplant.

Ob möglicherweise ein gastronomisches Angebot angesiedelt werden kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen.

Die Herstellung des Wupperparks ist der letzte Baustein der Gesamtmaßnahme mit dem Realisierungsende in 2014.

3.2.3.2 Einschätzung der Steuerungsgruppe⁷

Die Mitglieder der Steuerungsgruppe begrüßen die kooperative Zusammenarbeit und das integrative Konzept der Stadtplanung ausdrücklich. Es ist zu hoffen, dass sich durch die Zunahme qualitativvoller öffentlicher Flächen bei entsprechender Planung die heutige Situation vor dem Schwebbahnhof entspannt.

Die für die Steuerungsgruppe relevantesten Flächen des Areals werden die öffentlichen Bereiche vor dem Eingang zur Mall (Ebene 0), die Flächen auf der Mall direkt vor dem Empfangsgebäude (Ebene 2) und der Wupperpark sein. Der öffentliche Raum wird in diesen Bereichen unterschiedlich interpretiert.

Es ist notwendig, auch den Bauablauf zu begleiten, da bereits hier Ströme im Aufenthaltsverhalten der unterschiedlichsten Personengruppen zu verzeichnen sein werden. Eine möglichst 24 Stunden geöffnete Toilettenanlage sollte für alle NutzerInnen des Platzes und Gäste unserer Stadt eingeplant werden.

Über das Thema „Videoüberwachung im öffentlichen Raum“ sollte im Vorfeld eine Grundsatzentscheidung auf Leitungsebene herbeigeführt werden. Im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse und den langen Zeitraum bis zur Fertigstellung der Freiflächen können die Mitglieder der Steuerungsgruppe jedoch nicht prognostizieren, wie sich die Rechtssituation verändern könnte.

⁷ Die Informationen zu Punkt 3.2.3.2 entstammen den Sitzungen der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen

Es wird daher empfohlen, eine mögliche Videoüberwachung bereits heute in die Planungen einzubeziehen (z.B. Verlegung von Leerrohren für Anschlüsse). Konkrete Aussagen zur Anzahl und potentiellen Standorten von Kameras können die Anwesenden aus heutiger Sicht nicht treffen, da eine Vielzahl von Rahmenbedingungen (gesetzliche Lage, personelle Ausstattung, Finanzierung, endgültige bauliche Gestaltung, technische Entwicklung u. a.) heute noch nicht absehbar sind.

In Bezug auf die Personengruppen, die sich derzeit am Tunnel sowie vor und teilweise im Schwebebahnhof aufhalten, war sich die Steuerungsgruppe bereits frühzeitig mit den Betroffenen einig, dass es wichtig ist, diesen Menschen eine überdachte Aufenthaltsmöglichkeit, bzw. Aufenthaltsräumlichkeiten anzubieten.

Ohne Überdachung ist es unwahrscheinlich, dass sich an der Zugangssituation in die Innenstadt etwas ändern wird - zumindest bei schlechtem Wetter wird voraussichtlich auch dann der Eingangsbereich des Schwebebahnhofs als Unterstand genutzt werden. Bei der Planung sollten die betroffenen Personengruppen einbezogen werden, hierzu können die Gespräche in der Kirche am Kolk fortgesetzt/ genutzt werden.

Auszug aus dem Ergebnisprotokoll der Sitzung der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen

Datum der Sitzung: 28.08.2006

Im Hinblick auf die am 04.09.06 stattfindende Sitzung der Lenkungsgruppe Soziale Ordnungspartnerschaften wird folgende Empfehlung der Steuerungsgruppe beschlossen, die der Lenkungsgruppe vorgelegt werden soll:

Die Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen spricht sich dafür aus, bei der Planung der Neugestaltung Döppersberg den Aufenthalt der derzeit oft als problematisch empfundenen Personengruppen einzubeziehen. Die im letzten Jahr geführte Diskussion über eine Aufenthaltsmöglichkeit mit Witterungsschutz sollte berücksichtigt werden.

3.3 Ronsdorf

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Beschwerden von AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden über Alkohol trinkende Jugendliche an bestimmten Orten in Ronsdorf. Beanstandet wurde u. a., dass die Jugendlichen unter Alkoholeinfluss zu erheblicher Lärmbelästigung, Pöbeleien und Verschmutzung des Umfeldes neigten.

Da diese Beschwerden von Seiten der Stadtverwaltung und der Ordnungsbehörden äußerst ernst genommen werden, hat man mehrfach Ortsbegehungen organisiert. Auch hat die Polizei zusammen mit dem Ordnungsamt Jugendschutzkontrollen durchgeführt.

Ergebnis der Einsätze war, dass das „Treiben“ der Jugendlichen zwar sicherlich für den/die einzelnen BeschwerdeführerInnen oder Anwohner sehr ärgerlich sein kann, sich die Jugendlichen jedoch i. d. R. innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Grenzen bewegten.

Auch der Sondereinsatz der Polizei im Januar 2007, der in den Abend- und Nachtstunden durchgeführt wurde, bei dem von über 30 Jugendlichen Personalien aufgenommen wurden, ließ keine Aggressionen bei den Jugendlichen und Heranwachsenden erkennen. Auch ist kein Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz (Verzehr von Alkohol von Jugendlichen in der Öffentlichkeit) festgestellt worden. Lediglich bei der Geschwindigkeitskontrolle in einer 30-Zone in der Ronsdorfer Innenstadt wurden 7 Geschwindigkeitsüberschreitungen (von 44 km/h bis 51 km/h) festgestellt.

Nichtsdestotrotz gibt es offenbar einen Unterschied zwischen subjektiver Wahrnehmung von AnwohnerInnen und PassantInnen auf der einen und der objektiven, nachweisbaren Situation auf der anderen Seite: Nicht jedes Verhalten, welches BürgerInnen stört ist ordnungswidrig, strafbar oder lässt sich verhindern. Selbstverständlich wird die Verwaltung auch weiterhin begründeten Beschwerden nachgehen, wie sie es bisher auch getan hat.

Zur Abfrage des Bekanntheitsgrades und der Akzeptanz der Jugendeinrichtungen in Ronsdorf wurde bereits im Frühjahr 2005 eine Honorarkraft in der aufsuchenden Jugendarbeit eingesetzt. Dieser Einsatz wurde durch die Bewilligung der Projektmittel seitens der Bezirksvertretung Ronsdorf ermöglicht. Gemeinsam mit der Leiterin des Jugend- und Kulturzentrums Ronsdorf führte die Honorarkraft eine Bestandsaufnahme von informellen Treffpunkten der Jugendlichen in Ronsdorf durch, die Ergebnisse wurden protokolliert.

Anhand der Ergebnisse konnte festgehalten werden, dass beide offenen Jugendeinrichtungen im Stadtteil bei den Jugendlichen bekannt und von ihnen auch genutzt werden. Es wurde jedoch auch deutlich, dass die Jugendlichen sich auch weiterhin gern „ohne Aufsicht“ bei gutem Wetter auch im Freien treffen. Jugendliche brauchen und suchen sich informelle Treffpunkte. Daher wäre es wünschenswert, die Jugendlichen über Streetwork oder eine Art mobiler Jugendarbeit zu versuchen zu erreichen.

Positiv erwähnt werden sollte hier auch das Projekt des Grundkurses Sozialwissenschaften Klasse 11 der Erich-Fried-Gesamtschule: „Hallo Ronsdorf – wie geht’s dir?“ Ausgehend von den düsteren Prognosen über die zukünftige Einwohnerzahl und Stadtentwicklung Wuppertals hat der Oberstufenkurs zusammen mit seinem Lehrer einen Fragenkatalog entwickelt und eine Meinungsumfrage gestartet. Im Ergebnis wurde deutlich, dass sich die überwiegende Mehrheit der Befragten in Ronsdorf „eigentlich ganz wohl“ fühlt.

Deutlich wurde auch, dass für Ronsdorf mehr Angebote für Jugendliche, sowie mehr Spiel-, Sport- und Bolzplätze gewünscht wurden. (53 von 199 Verbesserungsvorschläge befassten sich mit diesem Themengebiet). Die gleiche Anzahl von Verbesserungsvorschlägen betrafen die Themen Verbesserung und Pflege von Grünanlagen sowie Sauberkeit (z. B. Graffitis sofort entfernen).

Aus den gewonnenen Informationen leitete der Kurs schnell die Notwendigkeit zum Handeln ab und veröffentlichte auf der Homepage der eine umfangreiche Liste mit Freizeitangeboten für Jugendliche in Ronsdorf. Zudem wurde ein Aktionstag „EFG packt an“ organisiert, an dem der Kurs Graffiti-Wände überstrich und jüngere Jahrgangsstufen Grünanlagen von Müll befreiten. Schließlich erarbeiteten die Schülerinnen und Schüler noch einen Katalog von Handlungsvorschlägen aus den Umfrageergebnissen.

Mit Unterstützung des Ressorts 103 (Grünflächen und Forsten), wurden auch Änderungen in der Grünanlage vorgenommen. Das Ergebnis ist für die Jugendlichen direkt sichtbar und sie erleben, dass sie und ihr Projekt ernst genommen werden.

Für sein Engagement erhielt der Kurs den 2. Preis im Wettbewerb „Demokratie leben“ der Landesregierung.

3.4 Vohwinkel

Im Vohwinkeler Quartier Osterholz leben ca. 900 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Mitte des Jahres 2005 wurde deutlich, dass in diesem Quartier, besonders im Umfeld der Häuser Heinrich-Bammel-Weg 23 - 25 ein hohes Konfliktpotenzial herrschte. Dort traf sich derzeit regelmäßig mit Kernzeit gegen 20.00 Uhr (am Wochenende auch bis in die Nachtstunden) eine

Gruppe von bis zu 30 - 50 Jugendliche und hauptsächlich junge Erwachsene mit vielen verschiedenen ethnischen Hintergründen. Nach polizeilicher Einschätzung kam ca. 1/3 nicht aus Vohwinkel.

Es kam zunehmend zu Ruhestörungen, Bedrohungen und verbalen Entgleisungen. Die MieterInnen sowie die Hausverwaltung hatten Angst, von einer Immobilienverwaltung wurde von Auszügen und Wohnungsleerständen berichtet. Die Polizei reagierte darauf zunächst mit höherer Präsenz, man rechnete jedoch mit Verdrängung zu einem anderen Ort.

Die daraufhin intensivierte Arbeit des dort seit 2002 eingesetzten Streetworkers, der im Rahmen eines Projektes in Kooperation zwischen Diakonie Wuppertal und Stadt Wuppertal eingesetzt war, führte zu deutlichen Verbesserungen. Die von ihm geleistete Arbeit hat aus Sicht der Polizei eine sehr positive Wirkung erzielt und es konnte ein deutliches Absinken der Gewaltbereitschaft beobachtet werden. Die Weiterfinanzierung dieses erfolgreichen Streetworkprojektes muss jedes Jahr erneut geklärt werden, aktuell läuft das Projekt jedoch weiter.

Aus Sicht der Polizei ist daher eine Fortsetzung des Projektes, möglicherweise mit einer Erhöhung der Stundenzahl, dringend erforderlich. Der Bedarf an zugehender Arbeit wird auch von den Einrichtungen vor Ort gesehen.

Eine ähnliche Problematik findet man auch im Quartier Höhe. Auch dort werden der Polizei besonders häufig Ordnungswidrigkeiten und Straftaten gemeldet.

3.5 Einzelmaßnahmen

Neben den bereits beschriebenen großen Themenfeldern, die im Zusammenhang mit bestimmten Orten und Personengruppen auftreten, befasst sich die Steuerungsgruppe auch mit vielen unterschiedlichen Einzelfällen, die relativ kurzfristig bearbeitet werden können.

Eingaben kommen häufig von BürgerInnen, Fachkreisen oder auch städtischen Einrichtungen. Die Themenbereiche sind vielfältig und reichen von „A“ wie „Aufenthalt von Personen im öffentlichen Raum“, bis „Z“ wie „Zusammenkünfte mit BürgerInnen“. So vielfältig wie die Themenbereiche so unterschiedlich sind auch die Kooperationspartner.

In der Bearbeitung undurchsichtiger und umfangreicher Thematiken hat sich in der Vergangenheit eine gut funktionierende Kooperationsform entwickelt. Hinweise gehen direkt an die Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften, um unnötige Schnittstellen vermeiden und entstehende Synergieeffekte nutzen zu können. Dort werden die Eingaben zentral bearbeitet und die betroffenen Fachdienststellen und Institutionen eingebunden. Auch die Kommunikation mit den KundInnen erfolgt in der Regel zentral über die Koordination Soziale Ordnungspartner-schaften. So erhalten die hinweisgebenden BürgerInnen alle Informationen aus einer Hand. Dieses Vorgehen erleichtert auch das Beheben von Informationsdefiziten.

4 Übergreifende Arbeitsfelder

4.1 Kooperation mit ProjektmanagerInnen für Stadteilarbeit

Die Schnittstellen zwischen der Stelle Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften und den ProjektmanagerInnen sind vielfältig. Zur Verdeutlichung soll hier ein Beispiel vorgestellt werden:

Im Jahr 2005 wurde der Projektmanagerin für Stadteilarbeit des BSD 6 von zunehmender Verschmutzung durch Hundekot in Unterbarmen, insbesondere vor der Hauptkirche berichtet. Diese führt zu einer Belästigung bis hin zu einer Gefährdung der dort spielenden Kinder.

Gerade bei gutem Wetter versammelten sich vor der Kirche Jugendliche und Erwachsene mit ihren Hunden, die Alkohol konsumierten und oft bis spät in die Nacht hinein noch durch Lärm belästigten. Auffallend waren einige Mütter mit ihren Kindern, die sich ebenfalls zur Gruppe gesellten und auch Alkohol konsumierten.

In einem gemeinsamen Gespräch zwischen MitarbeiterInnen der Hauptkirche (Pfarrer, Jugendarbeit, Küster, Presbyter), der Polizei, des Wichernhauses sowie der Stadt Wuppertal (Projektmanagerin für Stadteilarbeit, Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften) beschloss man, das Problem von verschiedenen Seiten anzugehen und unterschiedliche Organisationen mit einzubeziehen. So wurde u. a. vereinbart, ein Gespräch mit den bekannten Jugendlichen zu vereinbaren, die StreetworkerInnen im Bereich Wohnungslosenhilfe, Clean Streets, ESW und Ressort Grünflächen und Forsten einzubeziehen.

Diese Maßnahmen sollten, so war man sich einig, nicht dazu dienen, die Personen mit viel Freizeit auf dem Kirchenplatz zu vertreiben, sondern für alle Beteiligten eine akzeptable Lösung zu finden.

Zur Bürgerinformation wurde an die AnliegerInnen der Spielplätze und Grünflächen im Bereich der Loher Brücke ein Informationsschreiben verteilt: „Was ist erlaubt auf Wuppertals Straßen“, das textgleich bereits in Abstimmung zwischen Polizei und Kommune ein Jahr zuvor in einem anderen Quartier (Ostersbaum) verwendet worden und teilweise über Stadteilzeitungen verbreitet worden war.

Hierin wurde neben verschiedenen anderen Ordnungswidrigkeiten (Autowäsche auf der Straße, Müll auf die Straße werfen...) auch auf die Pflicht der Hundehalter hingewiesen, die Hinterlassenschaften der Hunde umgehend zu entfernen.

Zusammen mit einem freundlichen Anschreiben, dem Artikel „Was ist erlaubt in Wuppertals Straßen“ wurde auch ein Flyer „Alles picobello mit Bello“ im Sommer 2005 vom Jungen Service Oberbarmen in die Briefkästen der umliegenden Straßen verteilt. Außerdem wurden auf Grundlage des Flyers Plakate erstellt und im Quartier aufgehängt.

Auch verschiedene andere Ansätze zur Vermeidung von Hundekot auf öffentlichen Straßen und Plätzen wurden diskutiert, wie z. B. das Aufstellen von Hundekotbehältern oder Einrichten von Hundetoiletten. Da es jedoch bereits negative Erfahrungen sowohl aus anderen Stadteilen als auch aus anderen Städten gegeben hat, und nicht damit zu rechnen war, dass die Ergebnisse in Unterbarmen anders sein würden, sah man von der Einrichtung ab.

Nach einer Informationsphase von ca. 2 – 3 Wochen führte der Ordnungsdienst für eine begrenzte Zeit insbesondere zu den Themen „rund um den Hund“ in Unterbarmen (verstärkt)

Einsätze durch. Trotz der schwierigen Beweisführung, da Hund und Halter „auf frischer Tat ertappt“ werden müssen, konnte so manche/r HundehalterIn überzeugt werden, die Hinterlassenschaft des Hundes wieder zu entfernen.

Das Info-Schreiben wurde bereits früher in anderen Stadtteilen veröffentlicht. Der Flyer wurde speziell für HundehalterInnen am Ostersbaum entwickelt. Bei Bedarf kann aus anderen Stadtteilen auf die Materialien und Erfahrungen zurückgegriffen werden.

4.2 Kooperationsvereinbarung zwischen der Kreispolizeibehörde und dem Ordnungsamt der Stadt Wuppertal

Mit der organisatorischen Einbindung des Kommunalen Ordnungsdienstes in die Abteilung 1 des Ressorts Ordnungsaufgaben erfolgte Anfang 2003 eine Neuausrichtung. Die Stellen wurden wieder besetzt, so dass die Iststärke (Außendienst) jetzt (seit Oktober 2007) der Sollstärke von zwanzig MitarbeiterInnen entspricht. Mitte 2003 wurde eine Kooperationsvereinbarung (s.u.) mit der Polizei abgeschlossen, um die Zusammenarbeit zu intensivieren. Es wurden insgesamt vier Bereiche definiert, die gemeinsam mit der Polizei bestreift werden (Innenstadtbereich Elberfeld, Innenstadtbereich Barmen, Berliner Platz, Hardt mit Platz der Republik). Darüber hinaus wurde ein einheitlicher Maßnahmenkatalog, verbunden mit einer einheitlichen Einschreitschwelle, geschaffen, der als Basis für das gemeinsame Handeln genutzt wird.

Kooperationsvereinbarung über die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung bei der Feststellung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sowie zur Gefahrenabwehr zwischen der Kreispolizeibehörde Wuppertal und dem Ordnungsamt der Stadt Wuppertal

Mit dieser Vereinbarung werden folgende Ziele verfolgt:

Stärkung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung und der objektiven Sicherheitslage an den Örtlichkeiten, an denen das Sicherheitsgefühl empfindlich gestört ist, insbesondere an den Brennpunkten der Innenstadtbereiche Barmen und Elberfeld.

- Reduzierung der Anzahl von Störern auf bestimmten exponierten Plätzen und Anlagen und Verhinderung neuer Gruppenbildung auf der Basis begleitender Alternativangebote der sozialen Ordnungspartner. Dadurch gegebenenfalls an anderen Stellen in der Stadt entstehende neue Problemlagen müssen in Kauf genommen werden.

Wesentliche Grundlagen der Zusammenarbeit sind:

- Anlassbezogene, gemeinsame Streifengänge dort, wo ständig gemeinsame Interessen betroffen sind, wobei jeder im Rahmen seiner eigenen Zuständigkeit tätig wird.

- Gemeinsame Sonderaktionen (z.B. Straßenfeste, größere Veranstaltungen)
- Konsequente Durchsetzung der Straßenordnung der Stadt Wuppertal sowie weiterer einschlägiger Rechtsgrundlagen (z.B. Landeshundegesetz, Preisauszeichnungsverordnung, Straßen- und Wegegesetz) auf der Basis einer einheitlichen Einschreitschwelle.

Maßnahmen:

- Erhöhung der Präsenz
Die Präsenzzeiten orientieren sich im Rahmen der personellen Möglichkeiten grundsätzlich an den Brennpunktzeiten. Sie sind aber so flexibel zu gestalten, dass angesichts der begrenzten Personalressourcen ausreichend Einsatzkräfte für besondere Anlässe und Sonderaktionen verfügbar bleiben.
- Seitens der Polizei und der Stadt ist ausreichend Personal zur angemessenen Aufgabenerledigung des jeweiligen Zuständigkeitsbereiches einzusetzen.
- Die gemeinsame Arbeit wird durch regelmäßige Einsatzbesprechungen gesteuert.
 - Der beigefügte Maßnahmenkatalog ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Ein regelmäßiges Controlling über Aktivitäten, Feststellungen, eingeleitete Verfahren und objektiv eingetretene Veränderung der Lagebilder ist jeweils von der zuständigen Stelle vorzunehmen.

Diese Vereinbarung gilt zunächst für die Dauer von einem Jahr nach Inkrafttreten.

Rechtzeitig vor Ablauf der Vereinbarung wird sie auf ihre Wirksamkeit und Verlängerbarkeit überprüft.

Wuppertal, den

Wuppertal, den

.....

.....

Polizeipräsident

Oberbürgermeister

4.3 Stadteilservice⁸



Service und Ziele

In den vergangenen Jahren wurde immer deutlicher, dass es in verschiedenen Wuppertaler Stadtteilen notwendig und auch möglich war, die öffentliche Situation durch z. B. Maßnahmen wie Schaffung eines familienfreundlichen Wohnumfeldes, Steigerung der Aufenthaltsqualität und des Sicherheitsgefühles, Schaffung und Öffnung von Freiflächen und Plätzen sowie Aus- und Aufbau eines Sozialgefüges und von Hilfenetzwerken zu verbessern.

So entwickelte sich in Wuppertal dafür die Idee eines „Stadteilservice“ (STS), in welchem ALG II – EmpfängerInnen/Langzeitarbeitslose zur Mitwirkung an Maßnahmen der Stärkung der sozialen Infrastruktur und Nachbarschaftsunterstützung qualifiziert werden. Ziel dieses zusätzlichen und gemeinnützigen Services ist die kleinräumige und bewohnerorientierte Unterstützung und Förderung des Zusammenlebens im Quartier.

Ein Stadteilservice kann im Idealfall zwei komplementäre Zielsetzungen verknüpfen, und zwar die

- qualifizierte Beschäftigung von Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen eines Quartiers mit
- wünschenswerten Maßnahmen für die Verbesserung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur.

Es bildete sich der Kooperationsverbund „Stadteilservice“ aus zunächst vier Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, der ein gemeinsames Konzept in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Wuppertal und der ARGE Wuppertal bezüglich der Ziele und Maßnahmen für die Quartiere sowie die der teilnehmenden arbeitslosen Menschen erarbeitete. Die Koordinationsfunktion liegt bei der Stadt Wuppertal.

⁸ Die Informationen zu Pkt. 4.3 entstammen in weiten Teilen der Basisvereinbarung Stadteilservice in Wuppertal, einschl. Anlagen und Rahmenvereinbarung, Stand März/April 2007

Der Kooperationsverbund besteht zu Beginn aus:

- Arbeiterwohlfahrt KV Wuppertal e.V., Friedrichschulstr. 15, 42105 Wuppertal
- Internationaler Bund e.V., Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit, Hofaue 67, 42103 Wuppertal
- Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V., Platz der Republik 24 –26, 42107 Wuppertal
- Wichernhaus Wuppertal gGmbH, Meckelstr. 32c, 42287 Wuppertal

Die von der ARGE finanzierten Maßnahmen begannen am 01. Mai 2007, zunächst befristet bis 31.12.2008, in vorerst 7 Quartieren auf der Talachse. Da die Träger jeweils vor Ort ansässig und anerkannt sind, kann günstigerweise sowohl auf etablierte Kontakte zu anderen ansässigen Organisationen, den BewohnerInnen und Vereinen, als auch auf vorhandenes Know-how (organisatorisch, personell, räumlich...) aufgebaut werden. Eine enge Kooperation mit Trägern und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und den Bewohnern des Stadtteils wird angestrebt. Auch die im Stadteilservice tätig werdenden Langzeitarbeitslosen sollen nach Möglichkeit in ihrem Einsatzgebiet wohnhaft sein.

Für die Startphase des Stadteilservice sind folgende Quartiere vorgesehen worden:

- Bereich von BSD III / ARGE III: Arbeiterwohlfahrt KV Wuppertal e.V.: Nordstadt (01)
- Bereich von BSD IV / ARGE IV: Internationaler Bund e.V.: Südstadt (03), Arrenberg (14)
- Bereich von BSD II / ARGE II: Nachbarschaftsheim Wuppertal e. V.: Ostersbaum (02)
- Bereich von BSD VI / ARGE VI: Wichernhaus gGmbH: Friedrich-Engels-Allee (51), Hesselberg (58), Loh (52)

Die Stadteilservices sollen mit zunehmender Akzeptanz bei der Bevölkerung kontinuierlich erweitert und ausgebaut werden.

Gesamtkoordination von Durchführung und Weiterentwicklung des Stadteilservices wird, wie im Ratsbeschluss vorgesehen, von der Stadt Wuppertal, Ressort Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt, wahrgenommen.

Ein Stadteilservice umfasst zunächst pro Träger 17 Personen: 14 Arbeitsgelegenheiten in Vollzeit für die Außenangebote und drei AnleiterInnen (s. u.).

Die Einsatzgebiete und Aufgaben des Stadteilservice lassen sich in drei Hauptschwerpunkte unterteilen:

Aufgaben des Stadteilservice im Rahmen der Verbesserung des Erscheinungsbildes und der Aufenthaltsqualität:

- tägliche Begehung des Quartiers mit Ansprachemöglichkeit für BewohnerInnen, Gewerbetreibende etc. (Entgegennahmen von Anregungen und Beschwerden),
- Veranlassung der Reinigung auffällig vermüllter Bereiche,
- tägliche Kontrolle der sachgerechten Nutzung von Spielplätzen,

- Einsammeln von Einkaufswagen u. a. sperrigen Gegenständen,
- Unterstützung von Maßnahmen gegen Hundekotbelastung, (Aufklärungsarbeit, Vorhalten von Kottüten, usw.),
- Verteilung und ggf. Beteiligung an der Erstellung der Informationen aus dem Stadtteil (Stadtteilzeitung, Einzelveranstaltungen...),
- Unterstützung der privaten SpielplatzpatInnen,
- Lotsendienst auf Spielplätzen und öffentlichen Plätzen (ggf. Koordination weiterer Unterstützungen mit ESW, AWG, R. 103, 104, 302, Polizei, Feuerwehr, WSW usw.),
- Unterstützung bei der Organisation und gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen wie z.B. „Wuppertal picobello“,
- Öffnung und Abschießen der Schulhöfe, Versorgung der Kinder / Jugendlichen mit Spielmaterial und anschließendes Aufräumen (keine pädagogischen Arbeiten)

Aufgaben des Stadtteilservice in der Unterstützung der sozialen Infrastruktur:

- Unterstützung bei Auf- und Abbau, Bewirtung, Raumgestaltung bei Festen u.a. Anlässen (Sommerfest, Nikolaus- und Weihnachtsfeier, Jubiläen, Geburtstage)
- (kleinere) Transporte in den Einrichtungen (Umstellung von Möbeln, Bereitstellung von Sperrmüll, Entsorgung von Altpapier o. ä.)
- Reparatur und Säuberung von Spielzeug
- Mithilfe bei Raumdekoration und anderen Verschönerungsarbeiten
- Leichte, nicht wiederkehrende Schreibarbeiten wie Adressenschreiben, Einkuvertieren von Briefen, Kopierarbeiten, Telefondienst u. v. m.
- Unterstützung bei der Organisation von Stadtteilkonferenzen, ggf. Bürgervereinsitzungen und anderen lokalen Organisationsformen



Aufgaben des Stadtteilservice in der persönlichen Hilfestellung für bedürftige BewohnerInnen in enger Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Bezirkssozialdiensten:

Unterstützung...

- der Bezirkssozialdienste und anderer Anbieter sozialer Arbeit in Einzelfällen,
- der Begleitung von älteren oder hilfsbedürftigen Menschen zu z.B. Ämtern, Ärzten, Krankengymnastik, Friedhof usw.,
- der persönlichen Betreuung hilfsbedürftiger Menschen (z.B. Spaziergänge, Vorlesen o.ä.),
- der Haushaltsführung in Notfällen,
- durch Botengänge,
- durch Einkäufe für ältere oder behinderte Menschen,
- bei der Kinderbegleitung

Die beteiligten Träger haben die Möglichkeit, im Rahmen der drei Hauptschwerpunkte Gewichtigungen vorzunehmen.

Weitere Einsatzgebiete sind in der Modellphase konzeptionell und praktisch zu entwickeln.

TeilnehmerInnen/Arbeitsgelegenheiten

Zielgruppe für das Projekt sind Langzeitarbeitslose. Diese Menschen sollen für den Wiedereinstieg in den Beruf zu qualifiziert werden, indem sie berufliche Schlüsselqualifikationen anhand von Einsätzen im Bereich stadteilorientierter präventiver Dienstleistungen erwerben.

Dabei können auch TeilnehmerInnen zugewiesen werden, die keinen Schulabschluss haben, bzw. geringere Sprachkompetenzen aufweisen. Hinsichtlich des Alters, des Geschlechtes, der Nationalität bzw. des Bildungsgrades gibt es für die Teilnahme keine Voraussetzungen.

Die TeilnehmerInnen sollten in den Quartieren wohnhaft sein, um ihre lokalen Kenntnisse von den Lebensbedingungen vor Ort einbringen zu können.

Die TeilnehmerInnen für diese Arbeitsgelegenheit sollten folgendes Qualifikationsprofil mitbringen:

- Entwicklungspotential zu eigenverantwortlichem Denken und Handeln
- Fähigkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Team / Teamfähigkeit
- Positiv wäre der Führerschein für PKW (ist aber nicht Bedingung)
- Bereitschaft auch zu Abend- und Wochenendarbeit und wechselnden Dienstzeiten
- Vorteilhaft sind Sprachkenntnisse in einer der häufig hier vorkommenden MigrantInnensprachen (türkisch, russisch, italienisch, polnisch, englisch usw.)
- Kritikfähigkeit
- Belastbarkeit
- Volljährigkeit

Die InhaberInnen von Anleitungsstellen sollten, wenn möglich, eine abgeschlossene Berufsausbildung und einen Führerschein haben. Von allen TeilnehmerInnen wird die Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses verlangt.

Interessierte TeilnehmerInnen mit einem Ausbildungsberuf (vorzugsweise in einem handwerklichen Bereich) können auch über andere Fördermöglichkeiten (Entgeltvariante) mit einer längerfristigen Beschäftigungsperspektive versehen werden, um diese als Anleitungen einsetzen zu können. Bei älteren Arbeitslosen über 55 Jahren ist eine Langzeitverweildauer in der Maßnahme anzustreben, um Kontinuität zu erreichen.

Menschen, die nach lang andauernder Arbeitslosigkeit bereit sind Wege aus ihrer Lage zu suchen, sollen in den angebotenen Maßnahmen Wertschätzung und Befriedigung erfahren und erkennen, dass sie mit ihren Ressourcen und Qualifikationen für die sozialen Rahmenbedingungen des Miteinanderlebens in ihrem Stadtteil Wertvolles leisten können. Damit sollen die TeilnehmerInnen persönliche, soziale und fachliche Kompetenzen erwerben und ausbauen und in ihrer Motivation zur Aufnahme eines eigenverantwortlichen Lebens gestärkt werden.

A: Persönliche Kompetenzen

- Schlüsselqualifikationen zur Wiedergewinnung, Erhaltung oder Verbesserung der Berufsfähigkeit (z.B. Zuverlässigkeit und Selbstständigkeit)
- Fähigkeiten zur Selbstorganisation
- Identifikation mit dem ihnen anvertrautem Stadtteil

B: Soziale Kompetenzen

- positive soziale Kontakte in den Stadtteil und seine soziale Infrastruktur
- soziale Kompetenzen zum Umgang mit StadtteilbewohnerInnen
- Stolz auf die Anerkennung der Arbeitskraft und –zeit durch Außenstehende

C: Fachliche Kompetenzen

- berufsbezogene und kommunikative Qualifikationen
- zertifizierbare Kompetenzen und Fertigkeiten (z.B. Beförderungsschein, Graffiti-Beseitigung o. ä.)
- organisatorische und strukturelle Kenntnisse zur Durchführung von präventiven Maßnahmen zur Verbesserung des Straßenerscheinungsbildes

Über die Teilnahme an der Maßnahme erfolgt eine Eingliederungsvereinbarung zwischen der Arbeitsgemeinschaft Wuppertal (ARGE) und dem / der ALG-II-EmpfängerIn. Die Zuweisung erfolgt durch die ARGE.

Die Maßnahme richtet sich an alle ALG-II – EmpfängerInnen Wuppertals. Bevorzugt werden ALG-II-EmpfängerInnen aus dem Bereich der ARGE-Geschäftsstelle, in der der jeweilige Kooperationspartner der Maßnahme tätig ist.

Die Zahl der Arbeitsgelegenheiten und Anleitungsstellen kann im Jahr 2007 schrittweise und bedarfsgerecht aufgestockt werden.

Ab dem Jahr 2008 kann auf Basis eines begründeten Antrages eine weitere Aufstockung der TN-Plätze im Stadtteilservice durch jeden Träger direkt bei der ARGE Wuppertal beantragt werden.

Qualifikationsangebot der Maßnahme „Stadtteilservice“

Zur Erreichung der Zielsetzung müssen die TeilnehmerInnen bestimmte Basisqualifikationen erwerben (30 Std. / wöchentliche Gesamtzeit = 24 Std. Arbeitseinsatz + 6 Std. Qualifizierung).

Die in der Startphase beteiligten Träger haben daher ein aufeinander abgestimmtes Qualifizierungskonzept mit gemeinsamen und trägerspezifischen Qualifizierungseinheiten entwickelt. Inhalte und Standards der Qualifizierung sind auch für die zukünftige Arbeit bindend.

Gemeinsame Qualifizierungseinheiten, die turnusmäßig angeboten werden sind

- Informationsveranstaltungen zu städtischer Infrastruktur, Müllentsorgungsstruktur, Straßensatzung und Sozialen Ordnungspartnerschaften
- Methoden der Kontrolle und Sicherheitsüberprüfung für Spielgeräte auf Schulhöfen und Spielplätzen
- Erste-Hilfe-Kurse (allgemein und erste Hilfe am Kind)
- Konflikttraining beim Umgang mit BürgerInnen
- Informationen zu spielpädagogischen Möglichkeiten für Einsätze auf Spielplätzen und Schulhöfen

Je einer der beteiligten Maßnahmeträger organisiert in festem Rhythmus eines der hier genannten Qualifizierungsmodule und bietet den TeilnehmerInnen aller im Qualifizierungsnetzwerk vertretenen Träger diese Module zur Teilnahme an.

Alle neuen TeilnehmerInnen der Maßnahme erhalten somit die Möglichkeit, innerhalb der ersten 6 Monate diese Qualifizierungen wahrzunehmen.

Trägerspezifische Qualifizierungsmodule entwickeln die Maßnahmeträger nach individuellen Schwerpunkten. Auch diese Qualifizierungsmodule werden je nach Einzelfall und Einzelabsprache den TeilnehmerInnen der anderen Träger angeboten.

Die Träger erstellen zum individuellen Teilnahmeende für jede/n Teilnehmende/n eine Teilnahmebescheinigung und händigen die Zertifizierungsnachweise aus, die die/der TeilnehmerIn während der Maßnahme erworben hat.

Kooperationsstrukturen der Maßnahme

Um die formulierten Ziele zu erreichen, bedarf es einer engen Kooperation im Stadtteil, die sich auf vier Ebenen erstreckt.

Kooperation mit Trägern und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur

In Kooperation mit den Stadtteilservices sollen die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur dabei unterstützt werden, ein bedarfsgerechtes stadtteilorientiertes Angebot für ihre NutzerInnen weiter auszubauen. Dabei soll das Fachpersonal der Einrichtungen von fachfremden und zusätzlichen Aufgaben entlastet werden. Konkret ist gedacht an Unterstützung bei Festen, Konzerten, Ausflügen u. ä. Ebenso sind Mithilfe bei Raumgestaltung, Reparaturen, Pflege der Außenanlagen etc. im Einzelfall denkbar.

Kooperation mit der Stadt Wuppertal und der ARGE

Seit Anfang 2006 etablieren sich die ARGE Geschäftstellen I – VII personell in den zugeordneten Sozialräumen, die mit denen der Bezirkssozialdienste deckungsgleich sind. Durch eine enge Zusammenarbeit in diesem hier beschriebenen Projekt zwischen

- dem Fallmanagement und der Arbeitsvermittlung auf Seiten der ARGE
- den Trägern der Arbeitsgelegenheiten „Stadtteilservice“ und
- den ProjektmanagerInnen für Stadtteilarbeit

sollen die geeigneten TeilnehmerInnen für die Maßnahme gefunden werden. Dabei sollen vor allem diejenigen Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen des Viertels in den Service eingebunden werden, die der im Konzept beschriebenen Zielgruppe entsprechen.

Ebenso erfolgt unter Federführung der Stadt Wuppertal, Ressort 208 eine enge Abstimmung mit den städtischen Diensten und freier, nicht am Projekt direkt beteiligter Träger (wie z.B. Freundes- und Förderkreis Suchthilfe – Clean-Streets), die von der Arbeit des Stadtteilservice tangiert sind (z.B. AWG, ESW, OD, GMW etc.)

Kooperation mit der Stadtteilbevölkerung

Die Präsenz des Stadtteilservices auf den öffentlichen Straßen und Plätzen ermöglicht eine direkte Ansprache von Personen und besonderen Nutzergruppen des Stadtteils. Erstere, insbesondere bei offensichtlicher Hilfsbedürftigkeit, werden angesprochen und erhalten ggf. notwendige Unterstützung (Einkaufshilfe, Begleitung, Vermittlung von Ämterkontakten o. ä.). Letztere werden aus ihrer Anonymität herausgelöst, können ggf. einen Zugang zu den Mitwirkenden im Stadtteilservice aufbauen und zur Mitwirkung am Projekt motiviert werden (Einbindung in das Sauberhalten der Treffpunkte, gewaltfreies Auftreten, Reduzierung von Konflikten mit den AnwohnerInnen bis hin zur Annahme einer Arbeitsgelegenheit im Projekt etc.).

Kooperation mit anderen Anbietern vergleichbarer Dienste

Um Doppelarbeit, ineffiziente Strukturen, teure Anschaffungen für Spezialanforderungen o. ä. zu vermeiden, ist es für den erfolgreichen Verlauf des Projektes notwendig, dass die Träger, in den ihnen zugewiesenen Räumen eine enge Zusammenarbeit mit Anbietern vergleichbarer Dienste eingehen (z. B. Einkaufsdienste für ältere Personen o. ä.).



Die Maßnahme wird nach nun dreimonatiger Anlaufphase (incl. der Sommerferien 2007) fast überall sowohl von den TeilnehmerInnen, von den sozialen Einrichtungen als auch von der Bevölkerung gut angenommen. Erste Rückmeldungen zeigen, dass eine Aufstockung der AGH's angestrebt wird. Andere Rückmeldung sprechen aber auch von wichtigen und notwendigen Lernerfahrungen, die zur Weiterentwicklung des STS notwendig sind. Nicht alle Träger haben ausreichende Vorerfahrungen in der Umsetzung eines solchen Projektes.

Darüber hinaus wird ein deutliches Interesse an der Einrichtung eines STS aus noch nicht versorgten Stadtteilen durch Politik, soziale Einrichtungen und Träger deutlich formuliert. Erste realistische Rückmeldungen sind frühestens nach sechs bis neun Monaten Laufzeit möglich.

4.4 Verhalten Jugendlicher im öffentlichen Raum

Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer. (Sokrates 470-399 v. Chr.)

Öffentlicher Raum für Jugendliche wird zunehmend privatisiert, zugebaut und reglementiert. Es gibt Kinderspielplätze, jedoch mangelt es an Plätzen für Jugendliche. Zwar sind die Angebote der örtlichen Jugendzentren den Jugendlichen in der Regel bekannt und werden genutzt, jedoch fehlt es an Aufenthaltsorten, an denen sich die jungen Menschen unabhängig von Öffnungszeiten und von Erwachsenen in Gruppen oder Cliques aufhalten können.

Die von den Jugendlichen gewählten, informellen Treffpunkte wie z.B. Spielplätze, Schulhöfe, Supermärkte und Wohn- und Parkanlagen stellen mitunter Konfliktpotential zwischen Jugendlichen und Erwachsenen bzw. AnwohnerInnen dar. Ursachen der Konflikte können etwa erhöhter Alkoholkonsum, Lärmbelästigung oder erhöhtes Müllaufkommen bis hin zu Pöbeleien und Sachbeschädigungen sein. In besonderen Fällen kommt es zur Konfrontation mit der Polizei.

Mitunter jedoch werden Jugendliche in den verbliebenen Nischen teilweise bereits durch ihre bloße Anwesenheit als Bedrohung empfunden. Ihr Aussehen und Habitus erregt – gewollt oder ungewollt – Anstoß, Ablehnung oder Abwehrverhalten bei ihrer Außenwelt.

Umgekehrt erleben die Jugendlichen diesen Zustand als Vertreibung und Ausgrenzung, sie fühlen sich häufig verdrängt, da sie nirgendwo „in Ruhe“ bleiben dürfen. Dies kann schnell zu „Etikettierung“ und einem Teufelskreis führen, in dem sich die Fronten verhärten.

Es ist nicht zu leugnen, dass auffällige Verhaltensweisen bis hin zu gewaltförmigen Äußerungen junger Menschen ein weit verbreitetes Mittel sind, auch dort wahrgenommen und ernst genommen zu werden, wo sie dies nicht erwarten. Und das hat vor allem etwas mit ihren Lebensverhältnissen, mit ihren Entfaltungschancen, Selbstfindungsmöglichkeiten zu tun.

In verschiedenen Wuppertaler Quartieren befinden sich mehr oder weniger feste Treffpunkte, an denen sich zeitweise Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufhalten, die in ihrer Umwelt Anstoß erregen. Aus diesen Zusammenhängen heraus erreichen die Steuerungsgruppe immer wieder Beschwerden von AnwohnerInnen, Institutionen und unterschiedlichen Gremien.

Beim Versuch, lösungsorientierte Maßnahmen zu finden, wird deutlich, wie dringend ein Auf- bzw. Ausbau von zugehenden Angeboten für Kinder und Jugendliche geboten ist. Es existieren kaum fest installierten Angebote, insbesondere nicht solche, die kurzfristig und örtlich flexibel auf neu auftretende Krisen reagieren könnten.

Die Stärkung und Unterstützung von Jugendlichen an ihren selbst gewählten Treffpunkten wird zukünftig zu einer Hauptaufgabe der Kinder- und Jugendarbeit werden. Die Verbesserung der Lebenssituation der einzelnen jungen Menschen hat längerfristig auch positive Auswirkungen auf die soziale Lage innerhalb der Siedlung bzw. des Stadtteils.

Auch aus Sicht der Mitglieder der Steuerungsgruppe steht fest, dass hier ein deutlich über dem vorhandenen Angebot liegender Bedarf vorhanden ist. Die beteiligten Fachleute sind sich im Klaren, dass die Probleme größer werden, wenn nicht frühzeitig (auch präventive) Arbeit geleistet wird.

Auch, wenn bei der derzeitigen Haushaltslage der öffentlichen Hand nicht davon ausgegangen werden kann, dass neue Angebote kurzfristig installiert werden können, ist eine Ausweitung dieser Hilfen fachlich dringend geboten.

4.5 Maßnahmen und Hilfen durch Einrichtungen

Neben den nun folgenden, ausführlich dargestellten Institutionen gibt es noch eine Vielzahl anderer Einrichtungen, die Hilfen bereitstellen, wie beispielsweise das „Café Okay“ des Freundes- und Förderkreises Suchtkrankenhilfe e.V., die „Wuppertaler Tafel“ oder das Projekt „Brückenschlag“. Nur durch die erfolgreiche Arbeit und Kooperation untereinander und die ausgeprägte Hilfsstruktur innerhalb der Stadt Wuppertal konnten die bisher erreichten Erfolge erzielt werden.

4.5.1 Clean Streets⁹

Clean Streets ist ein Arbeits- und Beschäftigungsprojekt zur Unterstützung von Suchtkranken und psychisch Erkrankten in Wuppertal und entsorgt gefährlichen Abfall, der die Gesundheit von BenutzerInnen von öffentlichen Plätzen, Parkanlagen und Spielplätzen gefährdet; zum Beispiel gebrauchte Spritzen, Fixerbestecke, Glasscherben und Hundekot.

Dieses Projekt entstand 1997 in Kooperation des Freundes- und Förderkreises e.V. und der Stadt Wuppertal; insbesondere der Wuppertaler Einrichtungen des Freundes- und Förderkreises, des Ressorts Natur und Freiraum, des Fachbereichs Jugend und Freizeit, der ESW, der AWG, des Gesundheitsamts und der Fachstelle Hilfe zur Arbeit. Im Jahr 2006 kam – nach Umstrukturierung der Fachstelle Hilfe zur Arbeit - die ARGE als Kooperationspartner hinzu.

Zur Zielgruppe des Beschäftigungsprojektes zählen u.a. die betroffenen „VerursacherInnen“ selbst, die während und nach ihrer Teilnahme am Projekt als MultiplikatorInnen fungieren. Damit soll zum einen die Aufklärung der Betroffenen bzgl. der Infektionsrisiken und die Verringerung des genannten riskanten Müllaufkommens erreicht werden. Zu dem damit erwünschten und weithin erreichten Effekt hat der erfolgreiche Betrieb des Drogenkonsumraumes in der Einrichtung Gleis 1 des Freundes- und Förderkreises Suchtkrankenhilfe e.V. und die zunehmend effiziente Aufklärungsarbeit anderer Institutionen der Suchtkrankenhilfe und der AIDS-Hilfe haben hierzu zusätzlich einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet.

Die soziale Zielsetzung, Betroffene in das bestehende Drogenhilfesystem zu vermitteln, und der konkrete Arbeitsauftrag, die Beseitigung des durch Suchtmittelkonsum verursachten Mülls, sind über die Umsetzung des Alltagsgeschäftes integriert. Die Arbeit des Projektes im öffentlichen Raum wird sowohl von der Bevölkerung als auch von den Betroffenen als sinnvoll erfahren und anerkannt.

Anfragen Betroffener verdeutlichen jedoch auch einen Bedarf eines Beschäftigungsangebotes nach dem Prinzip des Tagelohnes (wie es vormals konzeptionell vorgesehen war).

Fakten:

Im Jahr 2006 fuhren die Teams 9275 Einsätze auf 264 Plätzen und sammelten rund 46t Restmüll, sowie 2.857 Spritzen und Nadeln. Die Teams verfügen seit Dezember 2006 über drei Fahrzeuge. Wie in den Vorjahren wurde der Zustand der Plätze einer Bewertung unterzogen: Die Vergabe der Bewertung „außergewöhnliche Verschmutzung“ bedeutet: Entsorgung von Spritzen, gefährlichen Glasscherben, Sperrmüll oder Hundekot aus Sandkästen, Spiel- und Gehbereichen. Diese Orte stehen auf der Prioritäten-Liste und werden häufiger kontrolliert.

Insgesamt bedienen die Teams in den Bezirken jahresdurchschnittlich:

City (Elberfeld, u. a. Südstadt, Dönberg, Cronenberg) 128 Plätze	Ost (ab Unterbarmer Bahnhof, Ronsdorf, Langerfeld...) 100 Plätze	West (ca. ab Jugendtreff Arrenberg) 36 Plätze
--	--	--

⁹ Die Informationen zu Punkt 4.5.1 entstammen weitestgehend dem Eintrag im PAW sowie dem Jahresbericht 2006 der Einrichtung

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der aufgesuchten Plätze, der Einsätze, der eingesammelten Spritzen und Nadeln sowie die Menge des eingesammelten Restmülls.

	<u>Plätze</u>	<u>Einsätze</u>	<u>Spritzen</u>	<u>Nadeln</u>	<u>Müllsäcke</u>
City	128	3.167	2.128	602	692
Ost	100	4.404	38	38	1.375
West	36	1.530	11	37	187
bei Sondereinsätzen		174	3	0	800
Gesamt:	264	9.275	2.180	677	3.045 (ca. 45.810 kg Restmüll)

Zwar hat sich insgesamt das Restmüllaufkommen erhöht, doch gilt wie in den Vorjahren: Von Wuppertal Ost nach Wuppertal West wird es sauberer – wobei Nadeln und Spritzen hauptsächlich im Citybereich gefunden werden.

Die Vermittlungsversuche der Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt erweisen sich als schwierig; denn die oft gesundheitlich schlechte Verfassung, fehlende Schulabschlüsse und fehlende Berufserfahrung wirken vermittlungshemmend. Insbesondere bei MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund stellen sich die für eine Einstellung zu erledigen Behördenangelegenheiten den potentiell interessierten ArbeitgeberInnen als zu kompliziert dar.

Die Umsetzung der konzeptionell vorgesehenen Praktika scheint Erfolg versprechend und entwicklungsfähig. So konnte während des Verlaufs 2006 ein TN eine befristete Anstellung erreichen, ein zweiter leider nur beinahe. Ein Dritter hat auf Grund von Eigeninitiative eine Anstellung finden können.

Regelmäßig nehmen - wegen sozialer Probleme, Arbeits- und Bewerbungsthemen und wegen ARGE- und anderer Behördenfragen ehemalige MitarbeiterInnen Kontakt zur Einrichtung auf. Sie werden damit faktisch weiter betreut. Hier werden sie nicht nur in sachlich-, fachlichen Fragen informiert, sondern zugleich – nicht zuletzt auf Grund der gewachsenen Vertrauensverhältnisse – durch motivierende Gespräche immer wieder auch stabilisiert.

4.5.2 Straßensozialarbeit der Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose¹⁰

Zum Klientel aller Arbeitsbereiche der Zentralen Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose (ZBS) (Beratungsstelle, Betreutes Wohnen, Streetwork und Cafe) gehören auch Menschen, die illegale Drogen konsumieren. Im Vordergrund der Arbeit der ZBS steht die Vermeidung von Wohnungslosigkeit, bzw. drohender Wohnungslosigkeit. Durch diese Hilfeangebote können auch bei dem genannten Personenkreis Verelendungstendenzen und das damit verbundene destruktive Verhalten in der Öffentlichkeit abgeschwächt oder vermieden werden. Bezüglich der Drogenproblematik wird an die KollegInnen der Drogenhilfe vermittelt.

¹⁰ Der Text zu Punkt 4.5.2 wurde in Teilen vom Leiter der Beratungsstelle erstellt sowie ebenfalls in Teilen dem Tätigkeitsbericht 2006 für den Arbeitsbereich Streetwork entnommen

Einleitung

Der Arbeitsbereich Streetwork ist ein Teilbereich der Zentralen Beratungsstelle für Wohnungslose (ZBS) in Trägerschaft der Diakonie Wuppertal. Unsere Zielgruppe sind Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten gemäß § 67 ff. SGB XII.

Gemeinsam mit den KollegInnen der Männerberatung, Betreuung im eigenen Wohnraum und Frauenberatung (die räumlich ausgegliedert und organisatorisch eigenständig ist) bilden wir einen wichtigen Teil des ambulanten Hilfesystems für Wohnungslose in Wuppertal.

Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt in der aufsuchenden Sozialarbeit, der niedrigsten Schwelle im Hilfesystem für Wohnungslose.

Unsere Zuständigkeit umfasst das gesamte Stadtgebiet, wobei wir in die Elberfeld, Barmen, Oberbarmen, Wichlinghausen mindestens einmal wöchentlich unterwegs waren, während Vohwinkel nur seltener aufgesucht wurde, da dort nach wie vor nur geringer Hilfebedarf bestand. Die Häufigkeit richtete sich danach, wie die unterschiedlichen Orte von unseren KlientInnen frequentiert wurden und wie akut die Problemlagen waren.

Drei mal wöchentlich boten wir an verschiedenen Standorten feste Sprechstunden an, als da wären Montags im City-Treff in Barmen, Mittwochs in der Notübernachtungsstelle in der Markomannenstraße und Donnerstag in der ZBS in der Oberstraße. Zudem begleiteten wir KlientInnen bei Behördengängen, der Wohnungssuche, beim Arztbesuch o.ä..

In 2006 ergaben sich Veränderungen in verschiedenen Stadtteilen, die im einzelnen in der Statistik ihren Niederschlag finden und deren Ursachen später noch beschrieben werden.

Der Anteil der Menschen, die sich überwiegend im öffentlichen Raum aufhält ist leicht gestiegen. Jedoch nur wenige davon, schliefen dauerhaft im Freien. Im Vordergrund stand der Erhalt des bezahlbaren Wohnraumes und die Sicherung der finanziellen Existenz.

Streetwork war auch 2006 im Hilfesystem für Wohnungslose in Wuppertal ein fester Bestandteil. Sowohl für die KlientInnen als auch für andere Anbieter sozialer Leistungen sind wir bekannte und akzeptierte AnsprechpartnerInnen. Aufgrund der geänderten Sozialgesetzgebung in 2005, dessen fortlaufender Prozess noch nicht abgeschlossen ist, wurde eine stetige Neuorientierung in der Zusammenarbeit mit den VertreterInnen der neu geschaffenen Organisationsformen weiterhin erforderlich.

Streetwork

In 2006 arbeiteten wir ohne personelle Veränderungen mit zwei Männern und drei Frauen, mit unterschiedlicher Stundenzahl in Teilzeit. Diese Kontinuität wirkte sich positiv auf unsere Teamprozesse und die Klientenkontakt aus.

Wir starteten unsere Einsätze, in der Regel zu zweit, zu unterschiedlichen Tageszeiten, waren einmal wöchentlich in den frühen Abendstunden unterwegs und führten einmal im Monat eine Nachtstreetwork durch.

Streetwork wurde insbesondere in den Innenstadtbereichen von Elberfeld und Barmen und an zentralen Plätzen in Oberbarmen, Wichlinghausen und Vohwinkel regelmäßig durchgeführt. Weitere Streetwerkeinsätze gab es darüber hinaus auch in anderen Stadtteilen und außerhalb der Innenstädte. Anlass für solche Einsätze waren Anrufe von Anwohnern, die uns entweder direkt oder auch über städtische Stellen erreichten, dass sich hilfsbedürftige Personen an bestimmten Stellen aufhalten. Solchen Angaben gingen wir umgehend nach und suchten die Orte auf, um Kontakt zu den Menschen herzustellen und Hilfeangebote zu machen.

Wir besuchten regelmäßig die Orte, von denen uns bekannt war, dass sich unsere KlientInnen dort oft aufhielten. So veränderten sich unsere Einsatzrouten mit den Verschiebungen der Gewohnheiten unserer KlientInnen. Beliebte Treffpunkte unserer KlientInnen waren öffentliche Plätze, warme Räume aus denen sie nicht vertrieben wurden und die Anlaufstellen von Tafelwagen und Medimobil, aber auch die offiziellen Aufenthaltsangebote „Café Oberstübchen“, „Citytreff“, „Café Berlin“, Frauencafé in der Deweerthstraße, städtische Notübernachtungsstelle und „Wuppertaler Tafel“.

Neben den Menschen, die tatsächlich ohne eigenen Wohnraum waren, trafen wir an öffentlichen Plätzen viele, die aktuell über eine Wohnung verfügten, aber aufgrund besonderer sozialer Schwierigkeiten von Wohnraumverlust bedroht waren.

Die von uns aufgesuchten öffentlichen Plätze sind sowohl preiswerte Alternative zur Kneipe, als auch Verlagerung des Wohnzimmers, wo die Kontakte zu FreundInnen und Bekannten gepflegt werden. Bei einer Verdrängung aus dem öffentlichen Raum blieben diesen Menschen kaum Möglichkeiten, ihre Zeit woanders zu verbringen. Neben dem zu hohen Kostenaufwand, wird ihr zum Teil sozial auffälliges Verhalten in Gaststätten nicht geduldet. Bei Zusammenkünften in privaten Wohnungen ist es unserer Erfahrung nach lediglich eine Frage der Zeit, bis es zu ernststen Problemen mit Nachbarn und Vermietern kommt.

Die Kriterien, an denen sich die Beliebtheit eines Platzes festmachen, sind häufig nicht leicht zu durchschauen. Faktoren wie Bänke, Überdachungen, die Lage und Erreichbarkeit, Nähe zu bestimmten Geschäften spielen ebenso eine Rolle wie die Frage, wie häufig dort Kontrollen durch den Ordnungsdienst (OD) oder die Polizei stattfinden. Manche Plätze sind „Schönwetterplätze“, bei anderen scheint weder Witterung noch Tageszeit einen Einfluss auf die Besucherzahl zu haben.

Durch den kontinuierlichen guten Kontakt zu unseren KlientInnen konnten durch Einzelfallhilfe bei einigen der drohende Wohnungsverlust vermieden werden. Die gute Zusammenarbeit mit dem Ressort Bauen und Wohnen (105) ermöglichte selbst bei KlientInnen, mit ausgeprägter sozialer Desintegration eine Vermittlung in geeigneten Wohnraum.

Daten

Zum Stichtag 31.12.2006 wurden anhand der Auswertung der Streetwork-Protokolle folgende Daten erhoben:

Anzahl der Personen

	Männer	Frauen	Gesamt-Personenzahl
Elberfeld	126	24	150
Barmen	92	17	109
Oberbarmen	109	15	124
Vohwinkel	17	6	23
Wichlinghausen	72	19	91
Summe	416	81	497

Summe der Kontakte

Elberfeld:	869
Barmen:	334
Oberbarmen:	445
Vohwinkel	46
Wichlinghausen	331
Gesamtzahl der Kontakte	2025

Auswertungen

Im Jahr 2006 ist die Anzahl der von uns angetroffenen Personen um ca. 2% gestiegen (497:488). Diese Steigerung spiegelt sich auch in der Zahl der Kontakte wieder (2025:1940), d.h. ca. 4 % mehr Gesamtkontakte.

In Elberfeld sank die Klientenzahl um ca. 14% (150:175), in Wichlinghausen stieg sie um ca. 47% (91:62) und in Oberbarmen sank sie um ca.31 % (124:147). Die Zahlen in Barmen stiegen um ca. 18% (109:92) und in Vohwinkel stieg sie um ca. 92% (23:12).

Inhaltliche Beobachtungen zu den einzelnen Stadtteilen

Elberfeld

In 2006 war in Elberfeld ein Anstieg der Kontakte zu verzeichnen, bei gleichzeitigem leichtem Rückgang der angetroffenen Personenzahl. Dieser Umstand lässt auf einen leichten Anstieg eines stabilen Kerns unserer „Leute“ schließen.

Am Kerstenplatz und Neptunbrunnen hielten sich nach wie vor KlientInnen auf, mit denen wir in regelmäßigem Kontakt standen und die auch unsere Beratung nutzten. Durch die Großbaustelle, der Abriss des ehemaligen Hertie-Kaufhauses, war die Verweildauer höchst unterschiedlich.

Nach wie vor treffen wir eine Gruppe am Laurentiusplatz. Sie scheinen sich problemlos in das soziale Gefüge zu integrieren. Dort kam es bislang noch nicht zu Anwohnerbeschwerden.

Der Karlsplatz hat offensichtlich an Attraktivität eingebüßt. Nur noch gelegentlich treffen wir hier altbekannte oder neue Leute. In erster Linie scheint sich hier ein Treffpunkt für Menschen osteuropäischer Herkunft entwickelt zu haben.

Der Döppersberg wird zwar weiterhin stark frequentiert, doch handelt es sich hier in erster Linie um Konsumenten illegaler Drogen. Gelegentliche Kontakte ergeben sich gleichwohl, zumal wir Streetworker durch eine regelmäßige Präsenz schon einen Bekanntheitsgrad erworben haben. Längere Gespräche ergeben sich zumeist im Rahmen der Spät- und Abendeinsätze. Ähnliches trifft auf den von uns als Tunnel bezeichneten Untergrundbereich des Hauptbahnhofs zu.

Die weitestgehende Wohnraumversorgung kann mit Sicherheit als ein Erklärungsansatz herangezogen werden, wenn es gilt die Frage nach dem Bedeutungsverlust mancher, vormals stark frequentierter Plätze zu beantworten.

Barmen

Die Zahl der angetroffenen Personen ist in 2006 gestiegen, bei leichtem Rückgang der Gesamtkontakte. Mit seiner zentralen Fußgängerzone ist Barmen ein attraktives Ziel für bettelnde und durchreisende Menschen. So trafen wir hier eine größere Anzahl verschiedener Menschen, die meist nach kurzer Zeit wieder untertauchten, oder eben weiter zogen. Auffällig ist hierbei der gestiegene Anteil südosteuropäischer Menschen, die den Kontakt mit uns ablehnten.

Auch 2006 war der Rathausvorplatz kaum besucht, hat somit seine alte Bedeutung nicht wieder erlangt. Ganz im Gegensatz dazu hat sich das Wupperufer am Finanzamt mit seinen Bänken und Bäumen als ein beliebter Aufenthaltsort etabliert, der auch und besonders von den HundebesitzerInnen gern in Anspruch genommen wird. Besonders bei schönem Wetter trafen wir hier meist große Gruppen an.

Der belebteste Treffpunkt war weiterhin die Sitzgruppe am Alten Markt. Dort hielten sich unterschiedliche Gruppen regelmäßig auf.

Wichlinghausen/Oberbarmen

Der Wupperfelder Markt hat sich zunehmend als fester Treffpunkt heraus kristallisiert und wurde insbesondere bei trockenem Wetter gern genutzt. 2006 kam es nicht zu weiteren Beschwerden der ansässigen Geschäftsleute.

In Oberbarmen steuerten wir weiterhin regelmäßig die Grünanlage Widukind-/Waldeckstraße an. Durch die Umgestaltung der Grünanlage, Beschneidung der Sträucher hat dieser Platz offenbar an Attraktivität verloren. Gleichwohl trafen wir dort kleinere Gruppen an.

Nach wie vor nimmt der Berliner Platz eine Ausnahmestellung im Wuppertaler Stadtgebiet ein. Er wird fast wetterunabhängig von den unterschiedlichsten Gruppen quasi rund um die Uhr als Treffpunkt genutzt. Hier ist der Anteil unserer KlientInnen signifikant gesunken.

In Wichlinghausen ist auch in diesem Jahr eine Zunahme der angetroffenen Personen zu verzeichnen, bei gleichzeitigem Anwachsen der Kontaktzahlen.

Die hier am Marktplatz anzutreffende Gruppe setzt sich aus Menschen unterschiedlichen Alters zusammen. Inhaltlich sind die Problemlagen dieser Leute vielschichtiger Natur. Oft treffen wir ganze Familienverbände an. Außerdem sind dort „unsere Biertrinker“ und Benutzer von illegalen Drogen die scheinbar ohne Vorbehalte miteinander ihre Freizeit verbringen. Die Gesprächsinhalte ranken sich in erster Linie um die Auswirkungen der Hartz IV Gesetze auf ihren unmittelbaren Lebenszusammenhang, aber auch um Alltägliches.

Vohwinkel

Die ehemaligen Plätze haben überwiegend an Bedeutung eingebüßt. Selten trafen wir Leute am Stationsgarten an, während am Lienhardplatz dann und wann eine kleine Gruppe anzutreffen war. Das Stadtteilcafe Fambiente ist offenbar kein Anlaufziel mehr für unser Klientel.

Andere Einsatzorte

Neben den Treffpunkten, die wir in den Innenstadtbereichen regelmäßig aufsuchten, besuchten wir unsere Klienten auch an ihren Schlafplätzen. Die Gruppe der Wohnungslosen, die zum Teil seit mehreren Jahren draußen leben, umfasst 9 Männer und eine Frau. Diese Personen sind aufgrund ihrer psychischen Auffälligkeiten weder in Wohnraum noch in stationäre Einrichtungen vermittelbar. Kontaktangebote und Hilfen zur Existenzsicherung werden von einigen jedoch angenommen. Dazu kommen einzelne Menschen, die sich über einen kurzen Zeitraum draußen aufhielten und dann von uns in geeignete Unterkünfte vermittelt wurden. Einige dieser Schlafplätze befinden sich an der Schwimmoper, in der Eschenbeek, im Murrelbachtal und am Eingang des Verwaltungsgebäudes Neumarkt 10. In einem Fall konnte in Zusammenarbeit mit Clean Streets eine groß angelegte Aufräum-, bzw. Entmüllaktion durchgeführt werden.

Auswertung

Da unsere Beratungszahlen sowohl für die Beratungsklienten in Barmen als auch in Elberfeld in die allgemeine Statistik der ZBS einfließen, möchten wir an dieser Stelle lediglich einige allgemeine Beobachtungen darlegen.

Viele KlientInnen, die prinzipiell die Hilfeangebote in Wuppertal kennen, scheinen sie erst nutzen zu können, wenn sie eine genaue Vorstellung davon haben, wer sie hinter der Bürotür erwartet. Dieses ermöglichten wir ihnen durch unsere Arbeit auf der Straße. Kamen die KlientInnen dann in unsere Büros und schilderten ihr Anliegen, so erfolgte eine gemeinsame Entscheidung über die Fallverantwortlichkeit. In regelmäßigen Fallbesprechungen informierten wir uns gegenseitig über die einzelnen KlientInnen, um für den Vertretungsfall im Bilde zu sein, was bei der aktuellen Aufteilung unserer Arbeitszeiten besonders wichtig war.

In diesem Jahr hat die Einzelfallhilfe einen großen Raum eingenommen. Durch personelle Kontinuität und große Bekanntheit war unser Team weiterhin für viele der letzte Rettungsanker für diverse Problemlagen.

Bei einigen, schon sehr lange auf der Straße Lebenden zeigte sich, dass dieser Personenkreis nur sehr schwer, dauerhaft in normalem Wohnraum zu vermitteln war.

Nicht selten mussten bereits abhanden geglaubte Fähigkeiten wie das Einhalten von Absprachen, etc. neu eingeübt werden, was sich in der Regel als äußerst zeitaufwändig darstellte und oftmals nicht ohne hohen personellen Aufwand möglich war.

Gleichwohl aber gab und gibt es Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen Ressourcen und vor dem Hintergrund der individuellen Lebensgeschichte nicht in der Lage sind eine eigene Wohnung führen und den Anforderungen des Alltags entsprechen zu können. In Zusammenarbeit mit den KollegInnen anderer Fachdienste, wie z.B. der Abteilung Betreuung im eigenen Wohnraum und dem Bodelschwingh-Haus, wurde gemeinsam mit dem Betroffenen eine individuelle Alternative erarbeitet.

Einzelne KlientInnen erwiesen sich dennoch als äußerst schwer vermittelbar, so dass sich die Wohnraumsuche ausgesprochen schwierig und zeitaufwendig gestaltete. Bei später auftretenden Problemen, sei es wegen Lärmbelästigung im Haus, dem so genannten mietwidrigen Verhalten, oder bei Einstellung der Mietzahlungen durch die ARGE, fungierten wir als AnsprechpartnerInnen für die Vermieter. Ein weiteres Problem hierbei ist, dass wir ungern KlientInnen mit einer ungünstigen Prognose bezüglich ihrer Wohnfähigkeit bei uns bekannten Vermietern oder Hausverwaltungen unterbringen. Für einige blieb nur die Unterbringung in städtischen Gemeinschaftsunterkünften.

Die häufigsten Anliegen bei denen die KlientInnen Hilfe suchten waren:

- Wohnungssuche
- Unterstützung zur Sicherung der finanziellen Existenz (ARGE, Arbeitsagentur, Rententräger und Bezirkssozialdienst)
- Vorbereitung und Begleitung bei Terminen zu Beratungszentren und Fallmanagement der ARGE
- Konflikte mit Vermietern, Mitbewohnern o.ä. zum Wohnraumerhalt
- Schuldenregulierung bei privaten oder öffentlichen Schuldnern. Ein besonderes Problem für die Anmietung von Wohnraum stellte hier die Verschuldung bei den Stadtwerken, und die daraus resultierende Sperrung der Stromversorgung dar
- Gesundheitsfürsorge und psychiatrische Versorgung
- Probleme bei Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit
- Probleme bei Kontoeröffnung und -führung
- Geldeinteilung
- Androhung von Haftaufenthalt
- Suchterkrankung und die daraus resultierenden sozialen, physischen und psychischen Folgen
- Partnerschaftsprobleme
- Wohnungslosigkeit durch Wohnungsverweis im Rahmen des Gewaltschutz Gesetzes

- Probleme bezüglich des Aufenthaltstatus

Durchgängig lässt sich konstatieren, dass selbst bei aller Verschiedenheit der angetroffenen Personengruppen, denn es handelt sich durchaus nicht um eine homogene Gruppe von Obdachlosen und /oder Wohnungslosen, unter dem Strich ein gewisser Personenkreis übrig bleibt, der sich nicht an KollegInnen außerhalb des Streetworkteams weiterleiten ließ.

Als ein Erklärungsansatz mag sicherlich die Tatsache dienen, dass Streetwork sich methodisch durch die aufsuchende Arbeit im Sinne des Klientels positiv ausnimmt. Dies erleichtert es dem Betroffenen nach einer oftmals längeren Phase der Vertrauensbildung sich zu öffnen und erste Hilfsangebote anzunehmen was dann wiederum den eigentlichen, kontinuierlichen Hilfeprozess in Gang setzt. Dazwischen sind nicht selten Phasen der Unterbrechung oder Rückschläge der unterschiedlichsten Art zu verzeichnen. Weder tadelnd noch sanktionierend stellten wir unser Handeln auf die Lebensführung unserer Klienten ab, die zum Teil geprägt war von Frustrationen und sozialer Kontrolle einerseits und unzureichenden Problembewältigungsstrategien andererseits. Oftmals wurden Erfolgserlebnisse, und seien sie noch so gering erstmalig wieder als solche erlebt.

So war immer wieder eine Kontaktaufnahme mittels der aufsuchenden Sozialarbeit nötig, um zu motivieren und die Ressourcen des Klientels zu aktivieren. Die Termineinhaltungen mit Dritten (z.B. Ämter, Vermieter etc.) war dabei äußerst schwierig, nicht selten wurden die KlientInnen von uns an ihren Schlaf- bzw. Aufenthaltsplätzen abgeholt. Die hier benannte Gruppe umfasst etwa 25 Personen, die zum Teil ohne Wohnraum waren. Die damit einhergehenden Problemlagen, wie z.B. fehlende finanzielle Existenzsicherung, hygienische Verwahrlosung und medizinische Unterversorgung stellten uns immer wieder vor nur schwer lösbare Situationen.

Einige KlientInnen hielten einen zum Teil jahrelang bestehenden Beratungskontakt auch weiter aufrecht. In Teil unserer lang bekannten KlientInnen konnte erfolgreich an das Betreute Wohnen oder an das Bodelschwingh-Haus, die stationäre Einrichtung nach § 67 SGB XII der Diakonie Wuppertal, angebunden werden und waren auf der Straße und in unserer Beratung nicht mehr anzutreffen.

Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätssicherung und Kooperation

Streetwork als integraler Bestandteil des Hilfesystems der Stadt Wuppertal war und ist auf die sinnvolle und kooperativen Zusammenarbeit mit den angrenzenden Hilfeeinrichtungen, Behörden und Institutionen angewiesen.

Ein nunmehr schon seit Jahren bewährtes Zusammenwirken mit der Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle (Ressort 105.34) ermöglichte, wo erforderlich, auch schon mal eine unbürokratische Vorgehensweise.

Seit ebenfalls vielen Jahren schon besteht ein gutes Miteinander in der Kooperation mit dem Gesundheitsamt.

Neben dem regelmäßigen, formellen Austausch mit Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen durch die Teilnahme in verschiedenen Fach- u. Arbeitsgruppen, Fachgruppe Sucht, Psychisch Kranke Wohnungslose etc., bestehen ferner rege Kontakte und Fachgespräche mit KollegInnen anderer Einrichtungen in unregelmäßigen Intervallen. Gelegentlich findet ein Austausch mit der Streetwork-Kollegin der Drogenhilfe „Gleis 1“ statt, ferner mit der Kollegin des Isenberghauses, um nur einige wenige zu nennen.

Um den sich wachsenden Anforderungen aufgrund der neuen Sozialgesetzgebung auch weiterhin sachlich und fachlich, adäquat im Sinne der hiervon Betroffenen, gerecht werden zu können, nahmen wir an verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen zum Thema SGB II und SGB XII teil. Des Weiteren nutzten wir zur Sicherung und Reflexion unserer eigenen Arbeitsqualität die Möglichkeit regelmäßiger externer Supervision. Parallel fanden wöchentlich der Austausch im Streetworkteam, als auch im Gesamteam der ZBS statt.

Resümee und Ausblick

Ausgehend davon, dass der Prozess der Neustrukturierung der Sozialen Dienste, als Folge der Novellierung der Sozialgesetzgebung, SGB II u. SGB XII, weitestgehend abgeschlossen ist, hoffen wir auf eine gute, sich positiv entwickelnde Zusammenarbeit mit den dafür stehenden, institutionellen Trägern, z. B. der ARGE und deren MitarbeiterInnen.

Der Stellenwert von Kontinuität zeigt sich besonders, wenn es um die Frage von AnsprechpartnerInnen geht. So scheint der anfangs aufgetretene, häufige Wechsel von Adressen, SachbearbeiterInnen und Telefonnummern abgeschlossen zu sein.

Den weiteren Entwicklungen nach der Novellierung im Laufe des Jahres von SGB II, dem Umgang mit den Möglichkeiten zur Sanktionierung gemäß § 31 SGB II und dem externen Fallmanagement sehen wir mit großer Spannung entgegen.

Angesichts der zuletzt veröffentlichten neuen und demnach gesunkenen Zahlen der Arbeitslosenstatistik, hoffen wir, dass auch unser Klientel vermehrt in Arbeitsstellen oder Arbeitsgelegenheiten vermittelt wird. Wo dies aufgrund mangelnder individueller Ressourcen nicht möglich ist, weil es sich z.B. um eine Person mit jahrelanger, mehrfach schädigender Abhängigkeitserkrankung handelt, sollte eine baldige Umgehensweise auf Grundlage des SGB XII möglich sein.

Nach wie vor ein großes Thema war die zunehmende Verschuldung unserer Klienten. Insbesondere die steigenden Energiekosten, die von ALG II Empfängern nicht beglichen werden können stellen oftmals ein unlösbares Problem dar.

Als weiterer „Dauerbrenner“ erschweren auch Altschulden bei den Wuppertaler Stadtwerken die Anmietung einer Wohnung oder eine Sperrung der Energiezufuhr die normale Nutzung einer vorhandenen Wohnung. Wünschenswert wäre, dass die WSW, ähnlich wie in anderen Städten, Strom auf Guthabenbasis verkauft. Wir hoffen 2007 gemeinsam mit den Wuppertaler Stadtwerken und der ARGE Lösungswege entwickeln zu können.

Die Beantragung eines Personalausweises erforderte eine finanzielle Unterstützung durch uns, um überhaupt die Voraussetzungen für den ALG II Bezug zu schaffen. Die Aufhebung der Gebührenbefreiung für mittellose Menschen ist daher eine Angelegenheit, die wir im nächsten Jahr thematisieren wollen.

Auch in Zukunft werden wir im Sinne unseres diakonischen Auftrages die Menschen bei ihren Anliegen unterstützen. In diesem Sinne sind wir, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, bestrebt uns den gewandelten Bedingungen und Veränderungen zu stellen.

Diesem Anspruch folgend erwachsen Überlegungen wie zum Beispiel das Café Oberstübchen und den Frühstücksraum in der Markomannenstraße ansprechender zu gestalten. Beides wurde inzwischen umgesetzt. Im Café Oberstübchen gibt es nun an jedem letzten Donnerstag eines Monats ein für die BesucherInnen kostenloses Frühstücksbüfett, welches sehr gut angenommen wurde. Gemeinsam mit den BesucherInnen am langen Tisch sitzend bietet sich somit für die MitarbeiterInnen der gesamten ZBS die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme und zu längeren Gesprächen.

Um unsere Hilfe noch effizienter gestalten zu können, bisher nicht erreichbare KlientInnen wie zum Beispiel psychisch kranke Wohnungslose an das Hilfesystem anzubinden, entstand das Konzept für ein Beratungsmobil. Ausgestattet wie ein Büro können wir vor Ort mit den KlientInnen, die nicht in der Lage sind unsere Beratungsstellen aufzusuchen, konkrete Maßnahmen, wie Telefonate und Schriftverkehr, durchführen.

In Absprache und Zusammenarbeit mit unserer Fachbereichsleitung, den anderen ZBS KollegInnen und der Geschäftsführung, die unser Konzept „Beratungsbus“ wohlwollend unterstützten, fanden wir in kurzer Zeit einen geeigneten Kooperationspartner. Die Geschäftsführung der Johanniter Unfall Hilfe bekundete starkes Interesse an einer Kooperation. Erste Gespräche über ein entsprechendes Fahrzeug mit einer geeigneten Innenausstattung fanden bereits statt, so dass wir uns derzeit in einem Entwicklungsprozess befinden und hoffen, im Frühjahr 2007 mit dem Einsatz des mobilen Beratungsbusses beginnen zu können.

Abschließend halten wir fest, dass wir auch weiterhin unseren KlientInnen dabei helfen werden, nach ihren Entscheidungen, Wünschen und Möglichkeiten das bestmögliche Leben zu führen. Dabei bauen wir sowohl auf Engagement, Kreativität und Wissen bei uns, aber auch auf gute Kooperation mit allen beteiligten Stellen.

Aus dem Frühjahr wird nun doch Winter werden. Aufgrund von Lieferschwierigkeiten, das neue Fahrzeug unseres Kooperationspartners betreffend, sollen wir nach mündlicher Aussage das für uns vorgesehene Fahrzeug nun ca. Ende Oktober 2007 erhalten. Sobald das Fahrzeug da ist, werden wir mit dem Projekt „Beratungsbus“ beginnen.

4.5.3 Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.¹¹

Rassismus, Intoleranz, Rechtsradikalismus und –extremismus sind Phänomene, denen nicht mit einmaligen und kurzfristigen Maßnahmen zu begegnen ist. Wenig sinnvoll erscheint zudem, nur in Zeiten vermehrter rechter Gewalttaten Aktivismus zu entwickeln. Angezeigt ist eine ständige Bearbeitung und Auseinandersetzung mit diesem Thema, um langfristig Modifikationen zu erreichen und das Zusammenleben zu fördern.

Durch die Einrichtung des Vereines „Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz“ im Jahr 2001 hat die Stadt Wuppertal den Grundstein zur Kontinuität der Arbeit zur Förderung des Zusammenlebens, der Toleranz und Zivilcourage gelegt.

Das Projektmanagement arbeitet intensiv an der Schaffung von (lokalen) Netzwerken. Es koordiniert Projekte, berät Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen bei der Konzeptionsentwicklung, Projektplanung und der Umsetzung eigener Angebote, unterstützt Anbieter bei der Gewinnung von Fördermitteln und stellt Kooperationen zwischen Freien Trägern, Initiativen und kommunalen Stellen her.

¹¹ Die Informationen für Kapitel 4.5.3 entstammen den verschiedenen Konzepten und Erfahrungsberichten der Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.

Weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit ist die Konzeptionierung von Angebotsformen und Maßnahmen der Verwaltung für eine Verbesserung des Zusammenlebens in Wuppertal sowie die Schaffung von Netzwerken möglicher Projektanbieter. Ziel ist, das Themenfeld in die Arbeit bestehender Einrichtungen der Verwaltung und freier Träger zu transportieren und dort zu verankern, Ressourcen zu bündeln und Maßnahmen der Verwaltung effizienter zu gestalten und abzustimmen.

Zu den in 2006 durchgeführten Kooperationsprojekten gehören u. a.:

- Projekt mit palästinensischen Flüchtlingen (aufsuchende Beratung und Begleitung)
- Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“
- EU-Projekt „Unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge“, Ergebnisvorstellung im EU-Parlament, Brüssel
- Klangkosmos Weltmusik, 12 Veranstaltungen
- Ölbergfest
- Fahrt zur KZ-Gedenkstätte Buchenwald, multikulturelles, multireligiöses Jugendprojekt
- „Islamphobie und Currywurst“, Interreligiöses Jugendprojekt
- Koordinationskreis „Antifaschismus Wuppertal“, Beratung und Projektunterstützung
- Namibiaprojekt
- 2 x Studienfahrt Bergen-Belsen, Gesamtschulen Barmen und Vohwinkel
- „Zeig Rassismus die Rote Karte“, Antirassismus Projekt

Auch beteiligt sich der Verein am Bundesmodellprogramm „entimon“, das in den Jahren 2002 bis 2006 in Reaktion auf rechtsextremistische Übergriffe auf Menschen, Anschläge auf Synagogen sowie Schändungen jüdischer Friedhöfe umgesetzt wurde. Der Programmname „entimon“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet „Würde“ bzw. „Respekt“. „entimon“ ist Bestandteil des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

In den Leitlinien zum Programm „Entimon“ wurden drei Förderschwerpunkte benannt, innerhalb derer sich die Praxis- und Modellprojekte engagieren können:

- Auf- und Ausbau (lokaler) Netzwerke
- Interkulturelles Lernen
- Politische Bildungsarbeit

In einem Fachkreis arbeiten VertreterInnen von Schulen und Polizei, Jugendamt und schulpsychologischer Beratungsstelle, eine WenDo Trainerin und die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz zusammen, um gemeinsam das Projekt „Gewaltprävention an Hauptschulen“ zu verwirklichen. Neben Deeskalationstrainings für Schüler (der Jahrgangsstufen 5 - 7) werden auch zahlreiche Informationsveranstaltungen und Fortbildungen für LehrerInnen angeboten, zu Themen wie Streitschlichtung, Klassenfindung und Elternarbeit, Jungenarbeit, Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Mädchen oder Schülerbeteiligung.

Ein weiterer Schwerpunkt des Vereins ist die Integration junger russischsprachiger ZuwanderInnen.

Hintergrund: Mit ca. 22.000 russischsprachigen Zuwanderern ist Wuppertal eine Stadt mit einer hohen Quote osteuropäischer Einwohner, deren Integration ein wichtiger Bestandteil der sozialen Arbeit darstellt. Gerade die jungen Erwachsenen benötigen Unterstützung, wenn es um den Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf, sowie den Umgang mit Behörden geht.

Neben den weiter unten ausführlicher beschriebenen Projekten sollen hier aber auch einige weitere genannt werden:

- Theaterprojekt „Yvonne, die Burgunderprinzessin“
- „Narkomania“, Fortbildung zu Sucht- und Therapiemöglichkeiten für russischsprachige Zuwanderer
- Theaterprojekt „Mr. Pilk“
- Film Live-Konzert am Platz der Republik „Panzerkreuzer Potemkin“.

Exemplarisch soll hier das (von „entimon“ unterstützte) Projekt „Förderung der Partizipation und Integration russischsprachiger Zuwanderer“ der Initiative für Demokratie und Toleranz e. V. vorgestellt werden.

„Förderung der Partizipation und Integration russischsprachiger Zuwanderer“

01.03.2006 bis 31.12.2006 (Entimon)

Im angegebenen Zeitraum wurden im Rahmen des Gesamtprojektes „Förderung der Partizipation und Integration russischsprachiger Zuwanderer“ von der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. zahlreiche Projekte entwickelt und realisiert.

Hierzu zählten Einzelprojekte, sowie dauerhafte, unbefristete Angebote und Ferienaktionen, die regelmäßig in den Oster- und Herbstferien stattfinden.

Es entstand im Laufe dieser Zeit und im Rahmen der Projekte ein gutes Kooperationsnetzwerk mit anderen Wuppertaler Einrichtungen und Bildungsträgern, das zu einem guten und erfolgreichen Gelingen der jeweiligen Projekte beigetragen hat und auch in Zukunft von weiterer Zusammenarbeit profitieren wird.

Im folgenden werden einige der durchgeführten Projekte aufgeführt und beschrieben.

„Sternentreff“, ein Bewohnertreff am Sternenber

Der Bewohnertreff wurde im September 2005 in der Hochhaussiedlung Sternenber, einem Bezirk mit einem hohen Anteil russischsprachiger Bewohner, eröffnet. Ziel des Projektes ist die Integration der russischsprachigen Sternenberbewohner aller Altersgruppen.

Zu den Angeboten zählen Sprachkurse mit Kinderbetreuung, Mutter-Kind-Gruppen, Kinder- und Jugendtreff, Computerangebote, Sportangebote für Kinder und Jugendliche, Beratungssprechstunden und das Bewohnercafe, sowie zusätzlich zu dem fortlaufenden Programm Bastelnachmittage, Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche etc..

Das Projekt findet in Kooperation mit der LEG statt und wird unterstützt vom Ressort für Zuwanderung und Integration (204) und dem Stadtbetrieb Sport und Bäder (209) der Stadt Wuppertal, der evangelische Familienbildungsstätte sowie den Junglionisten.

Wochenseminare für russischsprachige MigrantInnen

Seit 2005 werden regelmäßig in den Oster- und Herbstferien Wochenseminare für junge russischsprachige ZuwanderInnen im Alter von 16 bis 21 Jahren angeboten. Die Ferienseminare wurden in enger Zusammenarbeit mit Arbeit & Leben – DGB/VHS durchgeführt und es entstand im Laufe der Zusammenarbeit eine Standardisierung dieses Projektes, so dass weitere Fahrten stattfinden können.

Die Inhalte reichten von Übungen zu den Themen Kommunikation, Sprechtraining und Bewerbung bis hin zur Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensplanung. Außerdem wurden Freizeitaktivitäten aus den Bereichen Musik, Sport, Tanz und Theater angeboten.

Einzelprojekte:

Simulationsprojekt „Einwanderungsprozesse und Einblick in die russische Kultur“

Dieses Projekt wird in Kooperation mit Schulen bzw. SchülerInnen umgesetzt, mit dem Ziel, den SchülerInnen die Problematik der Einwanderer durch die Simulation und das „Nachspielen“ des Einwanderungsprozesses zu vermitteln. Das Einwanderungsprojekt basiert auf drei Projektbausteinen. Im Anschluss an die einzelnen Projektbausteine findet jeweils ein Reflektionsgespräch mit der Gruppe statt.

Der erste Teil beinhaltet die Simulation der Antragstellung auf ALG II bzw. Sozialhilfe in den Räumen der Ausländerbehörde des Ressorts 204. Der Ablauf wird so realistisch wie möglich gestaltet, damit die Atmosphäre nachempfunden werden kann. So sind die Anträge in russischer Sprache verfasst, und auch die MitarbeiterInnen sprechen ausschließlich russisch.

Der zweite Teil gestaltet sich in Form eines Kochprojektes, um einen kleinen Einblick in die russische Kultur zubekommen. Auch hier müssen sich die ProjektteilnehmerInnen wieder mit der fremden Sprache auseinandersetzen (Rezepte, Zutaten, Supermarkt...). In den Räumen eines Übergangswohnheimes werden dann die Gerichte zubereitet, so dass die TeilnehmerInnen auch die Lebensbedingungen, denen die Zuwanderer in der ersten Zeit ausgesetzt sind, erleben.

Im dritten Teil des Projekts findet eine Fahrt zur Landesstelle Unna-Massen statt. Hier erhalten die Teilnehmer einen Einblick in die verschiedenen Aufgaben der Landesstelle, eine Führung durch das Gelände sowie eine Einführung in die Geschichte der Russlanddeutschen. Abschließend wird eine WDR-Reportage über die Russlanddeutschen gezeigt.

Das Einwanderungsprojekt wurde bereits in Zusammenarbeit mit folgenden Schulen durchgeführt: Gesamtschule Else-Lasker-Schüler im Zeitraum vom 25.08.2006 bis zum 28.08.2006 und mit dem Gymnasium Sedanstraße vom 30.10.2006 bis zum 03.11.2006.

Die Kooperationspartner setzen sich aus den teilnehmenden Schulen, dem Ressort 204 und dem russischen Supermarkt „Zum“ zusammen. Der Projektverlauf beider Schulen wurde filmisch und fotografisch dokumentiert.

Dieses Projekt steht weiterhin als Angebot für Schulen zur Verfügung und wird fortgeführt.

Fahrt nach Buchenwald

Das Ziel dieses Projektes ist, Jugendliche multikulturellen Hintergrundes, unter anderem auch russischsprachige Jugendliche, durch die Fahrt zum KZ Buchenwald für das Thema Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Rassenwahn zu sensibilisieren und ihnen einen tiefer gehenden Einblick in die Zeitgeschichte zu bieten.

Zu Beginn traf sich die Gruppe zu zwei Treffen im Jugendzentrum Vohwinkeler Feld „Jubs“, wo das Projekt von den dortigen Betreuern vorgestellt wurde und intensiv organisatorische sowie inhaltliche Fragen bezüglich der dreitägigen Fahrt besprochen werden konnten. Zum Abschluss der Reise fand ein Reflektionsgespräch statt, in welchem die Schüler und Betreuer ihre Erwartungen und Resumés über die Fahrt darlegten.

Es laufen bereits Vorbereitungen für eine weitere Fahrt zu einer Gedenkstätte eines Konzentrationslagers.

Ausblick

Die Projekte wurden durchgängig gut angenommen und erfreuten sich jedes Mal einer regen Beteiligung und einer großer Teilnehmerzufriedenheit. Durch die Projekte konnte sich die Wuppertaler Initiative bei der Zielgruppe und den Wuppertaler Einrichtungen etablieren, so dass sie für viele mittlerweile als ein kompetenter Ansprechpartner in Fragen der Arbeit mit russischsprachigen Zuwanderern gilt.

Es hat sich durch die einzelnen Projekte ein Netzwerk entwickelt, was zur Nachhaltigkeit aller aufgeführten Projekte im Rahmen des Gesamtprojektes „Förderung der Partizipation und Integration russischsprachiger Zuwanderer“ beigetragen hat. Die einzelnen Projekte konnten sich etablieren und werden durch einige Kooperationspartner weiter finanziert, so werden die Honorarkosten der Mitarbeiter im Bewohnertreff am Sternenberg jetzt vom BSD 5 der Stadt Wuppertal gedeckt, die Finanzierung der Wochenseminare in Marienheide/Winterberg und die Kosten des Austauschprojektes mit der Ukraine übernimmt Arbeit und Leben – DGB/VHS.

Die Arbeit des Vereins fand über kommunale Grenzen hinaus viel Beachtung. So gab es eine Vielzahl von Anfragen nach Vorträgen und Referaten im Rahmen von Fortbildungen und Veranstaltungen überregional und europaweit. Es gelang in kurzer Zeit die Initiative für Demokratie und Toleranz sowohl in Fachkreisen und kommunaler und überregionaler Öffentlichkeit zu etablieren und das „Wuppertaler Modell“ bekannt zu machen. Zudem ist über das Projektmanagement eine sehr positive Positionierung der Wuppertaler Politik und Verwaltung über die kommunalen Grenzen hinaus gelungen.

Eine Weiterführung des Projektmanagements ist sinnvoll und wünschenswert, um langfristig die Thematik der Arbeit, besonders im Präventivbereich, effizient zu bearbeiten, unabhängig von Feuerwehrfunktion bei akuten Problemen. Zudem ist so zu gewährleisten, dass die initiierte Arbeit sinnvoll weitergeführt werden kann und bestehende sehr positive Ansätze nicht verpuffen.

5 Ausblick und Perspektiven

In den voran gegangenen Abschnitten wurde die Entwicklung der Arbeit der Steuerungsgruppe im Berichtszeitraum 2005 –2007 dokumentiert.

Viele der erfolgten Maßnahmen und Aktionen wären nicht möglich gewesen ohne das Engagement und die Unterstützung vieler verschiedener Akteure. Kennzeichnend für die Arbeit der Steuerungsgruppe ist seit langem das gemeinsame Tragen von Verantwortung für die unterschiedlichsten Problemlagen auch durch Institutionen und Dienste, deren Beteiligung sich nicht auf den ersten Blick erschließt.

Für die Aufgabenwahrnehmung innerhalb der Gesamtverwaltung der Stadt Wuppertal gibt es zahlreiche Beispiele, die dieses Vorgehen verdeutlichen: So sind Maßnahmen der Ressorts Grünflächen und Forsten (103) sowie Straßen und Verkehr (104), ebenso wie z.B. Schwer-

punktaktionen des Ordnungsamtes (Ressort 302) oft auch optisch deutlich wahrnehmbare Veränderungen, die von BürgerInnen schnell und positiv wahrgenommen werden können. Hierdurch kann es gelingen, konflikthafte Situationen so weit zu entschärfen, dass z.B. sozialarbeiterische Maßnahmen (siehe Berichte zu den einzelnen Projekten) besser und störungsfrei greifen können. Dieses Ineinandergreifen verschiedener Disziplinen sollte daher auch in Zukunft weiter im Vordergrund stehen..

Trotz der positiven Entwicklungen in vielen Bereichen wurden im Laufe der letzten Zeit auch neue Problemfelder deutlich, denen voraussichtlich mit einem höheren personellen/finanziellen Aufwand begegnet werden muss.

Einige notwendige Entscheidungen fallen in den Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Kommune, der jedoch bekanntermaßen auf Grund der angespannten Haushaltssituation als begrenzt anzusehen ist.

Wünschenswerte Änderungen wären eine Entspannung der angespannten Personallage im Bereich des Streetworks. Speziell im Bereich der Suchthilfe wäre eine Erhöhung der personellen Ressourcen im Bereich der zugehenden Hilfen, auf Grund des starken Zulaufes und der steigenden Betreuungszahlen sinnvoll.

Auch für die zugehende Jugendarbeit gehen die Bedarfe momentan deutlich über die vorhandenen Hilfen und Einrichtungen hinaus. Die Steuerungsgruppe erhält zunehmend Beschwerden von BürgerInnen aus dem gesamten Stadtgebiet über Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterschiedlichster Orientierung, die sich zum Teil ordnungswidrig bis strafbar verhalten, zum Teil durch ihre bloße Präsenz Anstoß erregen. Viele dieser Jugendlichen sind über die vorhandenen Angebote nicht mehr zu erreichen und benötigen spezielle, und vor allem kurzfristige „Unterstützung“.

Die Anzahl der Einsatzgebiete, die im Rahmen der Tätigkeit der Steuerungsgruppe benannt werden, steigt stetig. Momentan sind die Notwendigkeiten teilweise nur durch überproportionalen Einsatz der Beteiligten, der oft zu einer Einschränkung anderer notwendiger Hilfen führt, zu leisten.

Trotz vieler guter Ansätze und Problemlösungsstrategien ist es ohne eine Bereitstellung finanzieller Mittel nicht möglich, eine wesentliche Verbesserung der Situation zu erreichen.

Weiterhin wird es zu den Aufgaben der Steuerungsgruppe gehören, die BürgerInnen zu informieren, welche Verhaltensweisen ihrer MitbürgerInnen im zu tolerierbaren Bereich liegen, da es sich bei diesen Verhaltensweisen nicht um strafbare oder ordnungswidrige Tätigkeiten handelt. Oft befinden sich die Anliegen der BürgerInnen weit über den ordnungsrechtlich zu leistenden Möglichkeiten.

Zusammenfassend ist – auch getragen durch die Mitglieder politischer Gremien und der Leitungsebene aller beteiligten Institutionen – die Arbeit der Steuerungsgruppe als erfolgreich zu betrachten. Grenzen des Handelns ergeben sich – wie im Bericht mehrfach aufgezeigt – häufig aus finanziellen bzw. personellen Gründen.

Alle Maßnahmen können sich zudem nur im Rahmen der gesetzlichen Regularien bewegen. Rechtliche Grauzonen oder Ermessensspielräume berechtigen nicht dazu, einzelne gesellschaftliche Gruppen auszugrenzen, um kurzfristige „Erfolge“ zu erzielen.

So hat sich die Steuerungsgruppe schon einmal im Dezember 2002 gegen eine Vertreibung einzelner Personengruppen ausgesprochen – die Begründung, als Auszug aus dem damaligen Sitzungsprotokoll – ist noch immer aktuell:

- ◆ Aufgabe der Steuerungsgruppe ist die Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Bislang wurden Maßnahmen stets im Konsens aller Beteiligten durchgeführt, was eine allseitige Kompromissbereitschaft voraussetzt.
- ◆ Die Aufgabe der Steuerungsgruppe wird eher darin gesehen, Ursachen für Probleme zu beseitigen, als deren Auswirkung zu bekämpfen.
- ◆ Selbstverständlich sollte auch das Verhalten sozial benachteiligter Personengruppen so gestaltet sein, dass andere BürgerInnen nicht benachteiligt werden.
- ◆ Die einseitige Durchsetzung z.B. wirtschaftlicher Interessen an bestimmten Orten zum Nachteil anderer Gruppen kann jedoch nicht Kernaufgabe der Steuerungsgruppe sein.
- ◆ Bauliche Maßnahmen, die auch die Nutzung der Fläche durch andere BürgerInnen einschränken (z.B. eine Verschlechterung der Wegesituation) sind kein sinnvoll erstrebenswerter Handlungsansatz. Städtebauliche Prämissen sind auch hier zu beachten. Planerisch können gesellschaftliche Probleme dennoch nicht gelöst werden. Die PlanerInnen aus den sozialen Bereichen der Stadtverwaltung begleiten die städtische Bauplanung.
- ◆ Dem Auftreten sozial benachteiligter Personengruppen ist daher nicht mit Verdrängung, sondern einem sinnvollen, abgestuften Konzept zu begegnen. Hierzu fordert die Steuerungsgruppe nachdrücklich:
 - Schaffung von Alternativen, z.B. zum Aufenthalt, der betroffenen Personengruppen
 - Beibehaltung bzw. Ausbau der betreuenden und begleitenden Angebote (Streetwork, Beratungseinrichtungen etc.) mit möglichst ganzheitlichem Ansatz. Entsprechende Angebote sind auch für die Zielgruppe der Jugendlichen erforderlich.
 - Beibehaltung (Anmerkung: Zumindest in der ursprünglichen Anzahl der MitarbeiterInnen) bzw. Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes zwecks ordnungsrechtlicher Flankierung. Die derzeitige Personalausstattung (5 MitarbeiterInnen) wird von der Steuerungsgruppe als unzureichend betrachtet.
 - Beibehaltung bzw. Ausbau der polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum
- ◆ Die Mitglieder der Steuerungsgruppe sind sich über die Grenzen der öffentlichen Haushalte bewusst, fühlen sich dennoch verpflichtet aus Ihrer Sicht fachlich gebotene Konzeptionen zu benennen und einzufordern, um die Festlegung von Prioritäten zu ermöglichen.
- ◆ Die Mitglieder der Steuerungsgruppe werden im Rahmen der personellen und finanziellen Ressourcen versuchen Probleme im öffentlichen Raum zu lösen. Mit zunehmenden Problemlagen und rückgängiger Finanzierung werden die Erfolgsaussichten geringer. Bereits die für 2003 angekündigten Einsparungen im Landeshaushalt belasten die soziale Arbeit (z. B. Streetwork) erheblich und werden vor Ort zu weiteren Problemen führen.